

Bezugspreis:
Einzelheft 45.- M., monatlich 15.- M.,
frei ins Haus, percont. abh. Post-
bezug. Monatlich 12.- M., einjähr. Zu-
stellungsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Osterrück-
Lungarn und Luxemburg 25.- M., für
das übrige Ausland 30.- M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Lungarn, Tschecho-Slowakei, Dän-
emark, Holland, Dänemark, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Demokrat“ und der
Beilage „Siedlung und Kleinrenten“
ersch. monatlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die schneepolierende Kouporeiliste
kostet 7.- M. „Kleine Anzeigen“
das eingedruckte Wort 2.- M. (zu-
w. 1/2 M. für festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.50 M. (z. B. „Geld-
und Schaffensanzeigen das erste
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort
1.- M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 1/2 4.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-51

Dienstag, den 13. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inzeraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Die Reichshilfe für Rentner.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten betr. Auszahlung der Rentenzulagen antwortete die Reichsregierung, daß die Auszahlungsbefristungen zu dem neuerdings beschlossenen Rentengesetz fertig sind und jetzt dem Reichsrat zur Beschlußfassung überwiesen werden. Der Reichsrat werde voraussichtlich am 22. d. M. die Vorlage erledigen. Die Bestimmungen sollen dann sofort veröffentlicht werden. Außerdem ist Vorfrage getroffen, daß die notwendigen Vor- schüsse zur Auszahlung der Zulagen ohne weiteres geleistet werden. Es ist zu erwarten, daß die Gemeinden die neuen Zulagen sofort nach Neujahr auszahlen. Angelegenheit der Rentenbezieher ist, nach Weihnachten die Gewährung der neuen Zulage bei ihrer Gemeinde zu beantragen; ohne Antrag wird die neue Zulage nicht gewährt. Die Zulagen werden für die Zeit vom 1. Oktober d. J. ab nachgezahlt.

Am Sonntag brachten wir einen kurzen Bericht über eine Besprechung der Parteiführer im Reichstage über die Auszahlung von Steuerzuschlägen zu den Beamtengehältern. Aus Beamtenkreisen wurden wir um den Hinweis ermahnt, daß die Dreiklassen unter A hierbei nicht in Frage kommen, es sich vielmehr nur um diejenigen kleineren Orte handelt, die etwa in die Dreiklasse C anfrücken. Für Berlin und die Großstädte überhaupt werden neue Steuerzuschläge nicht ausbezahlt.

Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist von 2460 im Durchschnitt des Monats Oktober auf 3416 oder um 38,9 Proz. im Durchschnitt des Monats November gestiegen und hat das Katastrophenniveau vom Februar 1920 in allen Warengruppen weit überschritten.

Rathenaus Berichterstattung.

Dr. Rathenau ist am Sonntag von seiner Londoner Reise nach Berlin zurückgekehrt. Ueber den Ausgang der im Auftrage der Regierung geführten Beratungen werden verschiedene Mitteilungen verbreitet, die größtenteils auf leeren Kombinationen beruhen. Sicher ist jedenfalls, daß die Verhandlungen zu einem vorläufigen Abschluß geführt haben. Daß diese Regelung, die die vorgeesehenen Repressalien bei Nichtzahlung der Januar- und Februarrenten vereitelt, an gewisse Bedingungen der Ententemächte geknüpft sein würde, müßte man für selbstverständlich ansehen. Von einer Enttaatslichung der Eisenbahn, die angeblich von englischer Seite gefordert sein soll, kann nicht die Rede sein.

Bisher hat Dr. Rathenau lediglich den Reichskanzler offiziell von dem Ergebnis seiner Verhandlungen unterrichtet. Die Regierung wird sich mit dem Ausgang der Londoner Beratungen am Dienstagnachmittag beschäftigen und hauptsächlich Maßnahmen besprechen, die zur Bilanzierung des Reichshaushaltes führen können. Am Montag informierte Rathenau auch die einzelnen Ressorts der Reichsregierung von dem Verlauf seiner Besprechungen mit Vertretern der englischen Regierung und Kreisen der englischen Industrie. Die am Montagmittag abgehaltene Kabinettsitzung beschäftigte sich mit Maßnahmen zur Einschränkung der Ausgaben.

Wiederholte Anklage Briands.

Paris, 12. Dezember. (G.) Nach einer Debatte in der Kammer über die antispannischen Kundgebungen in Italien fragte Abg. Marcel Sembat (Soz.) den Ministerpräsidenten, warum er in Washington nicht das Wirken des Völkerbundes gemüßigt habe; es wäre notwendig gewesen, denn der Völkerbund sei die einzige Organisation, die eine wirkliche Gewähr dafür bieten könne, daß die Abrüstung auch tatsächlich erfolge.

Ministerpräsident Briand

antwortete mit dem Hinweis, daß sich die Washingtoner Konferenz nicht bestimmte, genau abgegrenzte Ziele gesteckt habe. Präsident Harding habe diese Konferenz zu ganz bestimmten Zwecken einberufen. Er, Briand, habe in Washington die Gelegenheit wahrgenommen, die augenblicklichen Zustände in Europa im allgemeinen wie auch in Frankreich im besonderen darzulegen. Seine Ausführungen seien allerseits günstig aufgenommen worden. Niemand habe Frankreich den Vorwurf gemacht, daß es für seine Sicherheit Maßnahmen ergriffen habe, die nicht notwendig seien. Der Völkerbund habe bereits gute Dienste geleistet. Einem Völkerbund aber, der lebensfähig sein solle, müßten nur Völker angehören, die guten Willens seien. Sicherlich habe der Völkerbund eine große Entwicklung genommen und Frankreich habe ihn auf diesem Wege nicht behindert. Die Abrüstung zu Lande könne nur erfolgen, wenn die hierfür in Frage kommenden beiden Nationen sie ernstlich wollten. Bei Deutschland sei dies aber noch nicht der Fall. Es verheimliche noch immer Waffen. Andre Besondere habe in der Kammer Tatsachen vorgebracht, die der Reichskanzler bestritten habe, diese Ableugnung hindere nicht, daß in

Deutschland Waffenverheimlichungen stattgefunden haben. Der Beweis werde durch die Entdeckungen geliefert, die die Kontrollkommission gemacht habe. Daß man versucht, die Bedeutung dieser Entdeckungen herabzusetzen, verstehe sich, aber Frankreich sei verpflichtet, sie in Rechnung zu stellen. Solange diese Lage andauere, solange Europa nicht den Friedenszustand wiedergewonnen habe, solange Deutschland böse Absichten kundgebe, sei es die Pflicht Frankreichs, zu wachen. (Beifall.) Die erste Aufgabe Frankreichs in Washington sei gewesen, diese Demonstration zu unternehmen und die ganze Welt habe das begriffen.

Der Berichterstatter Roblemaire glaubt, daß die Anschauung des Völkerbundes sich eines Tages mit der Amerikas begegnen könnte. Andererseits hält er es aber auch für wünschenswert, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werde. Doch müsse es sich dieser Aufgabe erst würdig zeigen. Der Pariser Abg. Bonnet fragt, wann die Interalliierte Kommission zur Prüfung der Leipziger Urteile gegen die Kriegsverbrecher zusammentreten werde. Briand antwortete, daß dies am 20. Dezember geschehen werde.

Ein Friedenskongress in Paris.

Paris, 12. Dezember. (Havas.) Der erste internationale Demokratische Kongress ist gestern geschlossen worden. Sämtliche vorliegenden Resolutionen wurden zu einer allgemeinen Erklärung zusammengefaßt, in der festgestellt wird, daß die Delegierten der 21 vertretenen Nationen ohne Unterschied des Bekenntnisses, der Rasse und der Nationalität über die unerlässlichen Voraussetzungen für die Abrüstung des Hofes zur Herstellung des Friedens in der Welt einig seien. Sie verlangten eine demokratische Gesellschaft aller Völker mit Einschluß Deutschlands, eine internationale Vollgewalt, finanzielle Solidarität aller Nationen als Bürgerpflicht für die Reparation der Kriegsschäden, Achtung vor dem Recht der Minderheiten, die Notwendigkeit Deutschlands als Bürgerpflicht zu helfen und Rußland nicht einfach als Absatzmarkt zu betrachten, Entwicklung der internationalen Arbeitsorganisationen und Mittelle der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kräfte zur Sicherung des sozialen Friedens.

Der Einberufer und Vorsitzende des Kongresses, Abg. Marc Sangnier, sagte in einer Rede, der wahre Friede müsse ebenso sehr auf moralischen Bürgerpflichten für Recht und Gerechtigkeit wie auf Bürgerpflichten materieller Art beruhen. Ein solches Werk könne nicht Sache der Diplomaten und der Regierungen allein sein. An ihm müßten vielmehr alle Freunde des Friedens in allen Ländern und aus allen Kreisen mitarbeiten. Andere Redner, unter ihnen Senator d'Estournelles de Constant, sprachen sich in ähnlichem Sinne aus.

Der Parteitag von Tetschen.

Tetschen, 12. Dezember. (Fig. Drahtber.) Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik hielt heute vormittag der Parteivorsitzende Genosse Dr. Lubowicz Czoch einen Vortrag über die politische Lage. Er übte an den Zuständen der Republik, die sich mit Unrecht eine demokratische nennen, schärfste Kritik. Wenn Demokratie bestehe, dann höchstensfalls für die Angehörigen der tschechischen Nation, nicht für die anderen. Die Tschechoslowakei sei im Widerspruch zu den Tatsachen als ein nationaler Staat konstituiert, während sie doch in Wirklichkeit ein Nationalitätenstaat sei, genau wie das alte Österreich. Alle reaktionären Verordnungen über Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und Ausschaltung des Parlaments seien vom alten Österreich übernommen. Die Anerkennung einzig und allein der tschechischen Sprache als offizielle Verhandlungssprache des Parlamentes stähme dessen Arbeit. Der Fünferausschuß der tschechischen Koalition führe die reinste Schreckensherrschaft und unterdrücke alle Anträge und Interpellationen der Opposition. Der Redner spricht sein schmerzliches Bedauern darüber aus, daß sich die tschechischen Genossen an dieser Regierungskoalition beteiligten und dadurch die Grundzüge der Internationalität schwer verletzen. Seine Kritik an dem Verhalten dieser tschechischen „Regierungssozialisten“ ist von äußerster scharfer Schärfe, wenn auch frei von jeder persönlichen Gehässigkeit. Die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei, so erklärt der Redner, lehne die nationale Einheitsfront mit den deutschbürgerlichen Parteien unbedingt ab, da über alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen zwischen ihr und den bürgerlichen Parteien die schärfsten Meinungsverschiedenheiten obwalteten. Er hofft, daß die wachsende Einsicht der tschechischen Genossen und die Selbstbesinnung der zum Kommunismus übergegangenen Arbeiter schließlich zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront führen werde.

Die Rede, die den Parteitag zwei Stunden lang in der stärksten Spannung hielt, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Walter Schäding ist an Stelle des verstorbenen Professors von Maritz zum Mitglied des ständigen Haager Schiedshofs ernannt worden.

Verhaftung eines kommunistischen Abgeordneten. Die Wehrheit des polnischen Sejms erklärte sich mit dem Antrag des Justizministeriums einverstanden, den kommunistischen Abgeordneten Dombal zu verhaften. Sofort nach der Annahme des Antrages erließ der Staatsanwalt den Haftbefehl.

Das Viermächteabkommen.

Wenn man den Vertrag, den die Vereinigten Staaten, England, Japan und Frankreich in Washington miteinander eingegangen sind, nüchtern überprüft, fallen zunächst zwei Dinge ins Auge. Das eine Mal fehlt China als vertragsschließender Teil, das zu gleicher Zeit Hauptgegenstand des Vertrages ist; es fehlen ferner Holland und Portugal, die wichtige Interessen im Stillen Ozean zu verteidigen haben. Auf der anderen Seite weiß man nicht recht, was Frankreich als vertragsschließender Teil soll, da es Interessen in der strittigen Zone kaum wahrzunehmen hat und als Großmacht zur See nicht in Betracht kommt. Diese beiden Punkte kennzeichnen die Sachlage am besten. Das Viermächteabkommen von Washington ist in erster Linie ein Sieg der Vereinigten Staaten. China, in drei feindliche Lager gespalten, ist Objekt, nicht Subjekt des Vertrages. Die Vertreter der Vereinigten Staaten legten zwar das größte Gewicht darauf, im Verlaufe der Konferenz immer wieder zu betonen, daß China ein selbständiger Staat, mit selbständigen Verwaltungs- und Hoheitsrechten sei, aber sie taten das nicht um der Freiheit Chinas willen, sondern um den überragenden Einfluß Japans in China zu brechen. Das ist ihnen gelungen, wenn der Vertrag, der ja nur Mantelvertrag für eine Reihe weiterer Einzelvereinbarungen ist, Rechtskraft erhält.

Es war vorhergesehen, daß weder Holland noch Portugal in die Vereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten, England, Japan einbezogen wurden. Aber es war zuerst nicht vorgeesehen, daß Frankreich Mitglied der Entente im Stillen Ozean würde. Holland und Portugal als Trabanten Englands waren Amerika nicht genehm, Frankreich als Trabkont der Vereinigten Staaten war für England und Japan das rote Tuch, und es entspricht wohl den Tatsachen, wenn es heißt, daß man sich von dieser Seite energisch gegen die Einbeziehung Frankreichs zur Wehr setzte. Auch hier hat Amerika einen vollen Sieg errungen. Es wäre falsch, diesen Sieg, der zugleich ein Sieg Frankreichs ist, gering einzuschätzen. Die Aufnahme Frankreichs in die Entente am Stillen Ozean ist mehr als eine Höflichkeitsgeste. Bei Streitfällen wird Amerika fortan auf die Stimme Frankreichs zählen können, ein ungünstiges Stimmenverhältnis für Amerika ist dadurch von vornherein in den Bereich der Unwahrscheinlichkeit gewiesen worden. Frankreich seinerseits hat einen Faktor mehr, durch den es seiner Festlandspolitik England gegenüber Geltung verschaffen kann.

Selbstverständlich ist es, wenn England und Japan erklären, daß mit dem Tage der Ratifizierung des Abkommens das englisch-japanische Bündnis seine Geltung verliert. Innerhalb der Viermächtegruppierung wäre das Bündnis ohne Wirkung, auch wenn es stillschweigend weiterläufe. Die Konvention zwischen England und Japan wurde im Jahre 1911 abgeschlossen. Sie trug ihre Spitze ursprünglich gegen das zaristische Rußland, das mit seiner imperialistischen Dspolitik Englands und Japans Interesse gleichzeitig beherrschte, und leistete vorzügliche Dienste, als es zu dem katastrophalen Zusammenstoß zwischen dem deutschen und dem englischen Imperialismus kam. Das Bündnis könnte weiter von Nutzen sein, wenn England daran dächte, als nächsten imperialistischen Konkurrenten die Vereinigten Staaten auf den Plan zu nehmen. Man scheint sich von dem Utopischen eines derartigen Unterjans in England überzeugt zu haben. Auch in dieser Hinsicht fällt mithin der Militärvertrag mit Japan in sich zusammen. Nicht die Ausgabe des englisch-japanischen Bündnisses bedeutet für letzteres den Beginn eines neuen Zeitalters, sondern die nackte Tatsache, daß Amerika England heute bereits derart überflügelt hat, daß an eine militärische Verringerung dieses Ententestaats nicht mehr zu denken ist. Der Krieg, der Deutschland aus der Liste der Großmächte strich, setzte England an die zweite Stelle im Großmächtekonkurrenz, und es ist für England ein besonders bitterer Tropfen im Vermutelsch, daß Frankreich dafür im europäischen Kräfteverhältnis von der Stelle des wohlwollend gegen Deutschland Unterstützten an die Stelle des drohend Fordernden rückte.

Japan muß auf einen großen Teil seiner Zukunftsstränge verzichten, wenn der Vertrag von Washington in Kraft tritt. Daß diese politische Notwendigkeit in Japan auf den Widerstand einer ebenso verbissenen wie verbitterten Minderheit stößt, beweisen die wiederholten Ministerattentate der letzten Wochen, deren Opfer der Ministerpräsident Kei Hara war, und dem der jetzige Ministerpräsident Takahashi nur mit Mühe entging. Aber die liberalen und (wortgestrengen) passivistischen Demokraten scheinen in Japan das Heft fest in Händen zu halten, und es ist anzunehmen, daß Japan sich in das Unabänderliche seiner Lage fügen wird, solange die jetzige Parteirichtung dort vorherrscht.

Das Neuartige der Washingtoner Konferenz ist die Erscheinung, daß dort eine verhältnismäßig junge Macht mit Erfolg imperialistische Politik betreibt, ohne mit dem schamhaft in der Scheide verborgenen Degen herumzusuchen. Nicht das militärische Nutzzeug, das man jeden Augenblick in Erscheinung treten lassen kann, ist der Beweisgrund, dessen Schlagkraft alles übertrifft, sondern die wirtschaftliche Machtstellung, die diesen Beweisgrund

herstellen kann — wenn es notwendig ist. Und neuartig ist es, wenn sich die anderen Vertragsschließenden von dieser Beweisführung überzeugen lassen. Für Deutschland und Europa wäre es besser gewesen, wenn dieser Modus procedendi bereits in den Jahren vor dem Kriege gefunden und von den widerstreitenden Parteien vernünftig angewandt worden wäre. Das Recht des Stärken ist aber auch in Washington zum großen Teil das Geheimnis des Erfolges. Sein größtes Verdienst ist seine überragende Stärke, sein kleineres, diese Stärke mit Vernunft und einigem Geschick im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens anzuwenden. Vor allem ist es begrüßenswert, wenn der Viermächtevertrag den Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit aufnimmt und Kernfragen und gemeinsame Bestrebungen als Basis für Streitfälle zwischen einzelnen Vertragsschließenden oder für unvorhergesehene Fälle annimmt. Der Gedanke zwischenstaatlicher Konferenzen ist jung, er hat im Völkerbund nicht immer die glücklichste Vertretung erfahren, aber es ist ohne Frage ein großer Vorteil, wenn er sich als fester Bestandteil des Völkerrechts einbürgert.

Mit dem Viermächteabkommen ist allerdings die Konferenz von Washington nicht erledigt, es bleibt abzuwarten, ob die Abrüstungsverträge und die vorläufig auch recht wenig fest erwiesenen Abmachungen über China und die Beziehungen im Stillen Ozean zu einem allseitigen und offenen Einverständnis führen, und bis dahin wird man auch der internationalen Währungs- und Wirtschaftskonferenz mit einiger Skepsis gegenüberstehen müssen, die die englische Presse im Anschluß an das Viermächteabkommen so temperamentvoll propagiert.

Die Reichsbahn und die Eisenbahnländer.

Beh. Rat Dr. Kirchhoff teilt mit:

In der letzten Veröffentlichung des Reichsfinanzministeriums über den Stand des Reichshaushaltplans findet sich folgende kurze Notiz:

„Der Etat der Reichsbahn weist für 1921 ein Defizit von 35,6 Milliarden Mark auf, davon entfällt aber fast die Hälfte — 16,9 Milliarden Mark — auf die Zahlung für den Erwerb der Staatsbahnen für das Reich.“

Es hätte noch hinzugefügt werden sollen, daß von dem danach verbleibenden Rest des Eisenbahndefizits für 1921 wieder fast die Hälfte — nämlich 8 Milliarden — auf das Defizit des außerordentlichen Eisenbahnbudgets für die 1447 Eisenbahnbau- und Instandhaltungsbauwerke des Reiches entfallen.

Diese wenigen Zahlen erleuchten mit einem Schlage die Lage, in die der ungeliebte Staatsvertrag die Reichsbahn gebracht hat. Hierbei ist aber noch nicht einmal das durch die partikularistischen Vorbehalte des Staatsvertrages im ordentlichen Eisenbahnbudget verursachte Defizit in Rechnung gestellt. Um so bedauerlicher ist es, daß gerade seitens partikularistischer Kreise jetzt eine so abläufige Kritik an der Reichsbahnverwaltung — als wenn diese die Defizitwirtschaf in der Hauptsache verschuldet hätte — geübt, ihr die Fähigkeit zur Beseitigung des Defizits generell abgesprochen und insoweit eine Entlastung verlangt wird. Die breite Öffentlichkeit muß sich immer mehr mit dem Staatsvertrag als einem Pakt im Fleische der Reichsbahn vertraut machen, wenn sie die Hauptursache des fortgesetzt wachsenden Reichsbahndefizits im Umfange der Wirtschaftserkennung will. Demgegenüber spielen die anderen, aus der Wirtschaftserkennung der Reichsbahn hervorgehenden Ursachen bei einem so hohen Gesamtdéfizit eine minder wichtige Rolle. Auch diese wollen, können und werden beseitigt werden. Sie wiegen aber federleicht im Vergleich mit dem, durch den Staatsvertrag verursachten, Reichsbahndéfizit, das nach obigem allein schon für das Jahr 1921 rund 25 Milliarden Mark ausmacht.

In der Tat wirft sich die Frage auf, wie der Unfug, daß laufende Schulden aus dem Staatsvertrag immer wieder als „Defizit“ im Haushalt erscheinen. Schuld daran ist in erster Linie der Staatsvertrag selbst neben der kameralistischen Buchführung. Sollte es nicht am Platze sein, die Schuld des Reiches an die Länder einfach zu streichen und statt dessen für eine

Reihe von Jahren letzteren einen vorberechtigten Anteil an den Gewinnen der Eisenbahnen zu gewähren? Dadurch kämen sowohl die Länder auf ihre Kosten als auch die Reichsbahnen, die von der Schuld und den Verpflichtungen während der drückendsten Uebergangszeit entlastet würden.

Gegen den Kartoffelwucher.

Da von allen Seiten dauernd und berechtigt Beschwerden über die Preisentwicklung der Kartoffeln laut werden, hat der Staatskommissar für Volksernährung unter dem 2. Dezember eine Rundverfügung an die Oberpräsidenten und den Vorsitzenden der Staatlichen Verteilungsstellen für Groß-Berlin gerichtet, in der neben der Bekämpfung des wilden Handels durch die inzwischend angeordnete Konfessionierung des Kartoffelhandels als weitere Abhilfemaßnahme folgendes angeordnet wird:

Für jede Provinz ist mit größter Beschleunigung ein Ausschuss zur Ermittlung der Kartoffelpreise, bestehend aus Vertretern der Landwirtschaft, des Kartoffelhandels, der Genossenschaften und der Verbraucher zu bilden mit der Aufgabe, angemessene Preise an Hand der vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft aufgestellten Richtlinien unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse zu ermitteln. Diese Preisbestimmung hat zur Grundlage die Marktnotierungspreise, die Ende September in den Erzeugergebieten von den Marktnotierungskommissionen festgestellt worden sind, und einem Zuschlag, der die steigende Selbstwertung und die Befestigungskosten der nächsten Ernte berücksichtigt. Ferner heißt es in der Rundverfügung:

Es ist Vorsorge zu treffen, daß seitens der Ausschüsse benachbarter Bezirke mit ähnlichen Ernteverhältnissen möglichst gleiche Preise ermittelt werden, da wesentliche Unterschiede in den Preisen die Gefahr einer Verschiebung der Ware in die Bezirke mit höheren Preisen und somit einer Störung der Versorgung in sich birgt.

Die von den Ausschüssen ermittelten Preise sollen den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden als allgemeine Richtlinien für ihr Vorgehen bei der Bekämpfung der wucherischen Preisforderungen dienen. In Zweifelsfällen wird der im Erlaß vom 10. November 1921 vorgesehene Sachverständigenrat über die Angemessenheit des Preises gutachtlich zu äußern haben. Als Sachverständiger wird, sofern ein solcher nicht bereits ernannt ist, zunächst eines der Kommissionsmitglieder zu bestellen sein.

Die Preisermittlungen der Ausschüsse sind den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden mit größter Beschleunigung mitzuteilen; außerdem sind die Preise öffentlich bekanntzumachen.

Im Anschluß an diese Rundverfügung erläßt der Justizminister an sämtliche Generalkonsulate folgende Rundverfügung: Bei der Art der Zusammenfassung der nach dem Bundesrat des Staatskommissars in allen Provinzen zu bildenden Ausschüsse werden die Staatsanwaltschaften davon ausgehen können, daß die von den Ausschüssen laufend festgesetzten Kartoffelpreise die durch die Preisverordnungsverordnung gezogenen Grenzen nicht überschreiten. Bei der Beachtung dieser Preise wird daher für die Staatsanwaltschaften regelmäßig kein Anlaß zu einem Einschreiten wegen Preistreiberei vorliegen. Bei Überschreitung dieser Preise wird dagegen wegen Preistreiberei einzuschreiten sein, sofern nicht die besonderen Umstände des einzelnen Falles zu einer anderen Beurteilung führen. Soweit in dieser Richtung Zweifel bestehen, wird der in früheren Rundverfügungen erwähnte Sachverständigenrat zu hören sein, wenn nicht im einzelnen Falle die Hinzuziehung eines anderen Sachverständigen zweckmäßig erscheint.

Im Reichstagsausschuss für Wohnungspolitik wurde am Montag die zweite Lesung des Reichsmietengesetzes begonnen. Einem Antrag Silberchmidt (Soz.), daß die Zuschläge für große Instandsetzungsarbeiten auch zu zahlen sind, gleichgültig ob der Mieter die gesetzliche Miete zahlt oder nicht, wurde von dem Regierungsvorsteher zugestimmt. — Ein Vertreter des Finanzministeriums nahm gegen die Bestimmung Stellung, daß die aus den Zuschlägen angesammelten Beträge steuerfrei sein sollen. Eine Beschlußfassung über die zahlreich vorliegenden Anträge fand noch nicht statt.

Ein erfundener Ausspruch Hörings.

Der Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags beriet am Montag zunächst über die Zeitspenden-Dokumente. Die Kommunisten und ihre unabhängiger Gefolgsmann Dr. Liebknecht wollten diesen Dokumenten jede Beweisstrafe abprechen. Genosse Hellmann wies darauf hin, daß selbst die „rote Fahne“ für eine Stelle, die ihr in den Kram packte, die Dokumente als unwiderleglichen Beweis angeführt hat. Die Mehrheit des Ausschusses vertrat den Standpunkt, daß für die Beurteilung der Vorgänge das Zeitspenden-Material sehr wohl beweiskräftig sei.

Die Beweisaufnahme wurde sodann geschlossen, und der Berichterstatter für das Plenum, Abg. Dietrich (Str.), beauftragt, in der nächsten Sitzung, die im Januar stattfinden soll, einen vorläufigen Bericht vorzulegen, über den dann der Ausschuss beschließen wird. Zu den einzelnen Punkten der Beweisaufnahme soll die Meinung des Ausschusses festgestellt, sowie auch die Meinung etwaiger Minderheiten registriert werden. Im Anschluß daran soll dann ein endgültiger Bericht für das Plenum fertiggestellt werden. Von dem Ergebnis dieser Sitzung wird es auch abhängen, ob es der Ausschuss für notwendig hält, etwa noch vorhandene Klären der Beweiserhebung durch weitere Beweiserhebung zu schließen.

Der Vorsitzende verlas dann noch ein eingegangenes Schreiben des Oberpräsidenten Hörings. In der vorigen Sitzung hatte ein Vertreter der Schuppeligen über eine Äußerung Hörings berichtet, die gelautet haben soll: „Se blutiger der erste Tag, desto weniger blutig die folgenden.“ Bei der Befragung des Zeugen hatte sich herausgestellt, daß er selber eine solche Äußerung nicht gehört hatte, sondern daß ihm diese von dritter Seite mitgeteilt worden war. Hörings stellte in seinem Schreiben fest, daß er eine solche Äußerung niemals getan hat, daß er im Gegenteil nach der Einnahme des Leunowerts dem Führer der Schuppeligen sein tiefes Bedauern über die große Zahl der Todesopfer ausgesprochen hat, die nach seiner Ansicht hätten vermieden werden können und sollen. Da die Kommunisten jetzt ständig mit dieser angeblichen Äußerung Hörings treiben gehen, so ist die Feststellung wichtig, daß es sich bei der ganzen Sache um einen leichtfertig falschberichteten Schwindel handelt.

Die neuen Postsätze.

Der Reichsrat beriet am Montag eine neue Vorlage des Reichspostministers über die Erhöhung der Postsätze, deren Tarife noch weit über die der ersten Vorlage der vorigen Woche hinausgehen. Nach Angabe des Ministers machen inzwischen eingetretene und finanzielle Gründe es nötig, das Defizit von 24 Milliarden, das nach der ersten Vorlage noch geblieben wäre, zu beseitigen. Deshalb sollen der Friedensgebühr gegenüber durchschnittlich die Postgebühren auf das Zwanzigfache, die Fernspreckgebühren auf das fünfzehnfache erhöht werden. Danach kostet nunmehr die Postkarte im Ortsverkehr 75 Pf., im Fernverkehr 1,25 M.; der Brief von 20 Gramm im Ortsverkehr 1,25 M., im Fernverkehr 2 M.; von 20 bis 250 Gramm im Ortsverkehr 2 M., Druckachen von 50 Gramm kosten 50 Pf., von 50 bis 100 Gramm 1 M., von 100 bis 250 Gramm 2 M., von 250 bis 500 Gramm 3 M., von 500 Gramm bis 1 Kilo 4 M. Päckchen tragen eine Gebühr von 5 M. Pakete bis 5 Kilo kosten nunmehr in der Rahzone 6 M., in der Fernzone 9 M.; von 5 bis 10 Kilo 12 bzw. 18 M.; von 10 bis 15 Kilo 20 bzw. 30 M., von 15 bis 20 Kilo 35 bzw. 40 M. Die Postsachengebühren betragen für eine Jahrtarte bis 100 M. 75 Pf., bis 500 M. 1,50 M., bis 1000 M. 3 M. Die Telegrammgebühr für das Wort beträgt 1 M., die Mindestgebühr für ein Telegramm 10 M., die Fernspreckgebühren sollen um 100 Proz. erhöht werden.

Braunschweigischer Gesandter Boden beantragte als Berichterstatter die unveränderte Annahme und zugleich die Annahme einer Resolution, die kurz die Grundzüge der früheren Resolution des Reichsrats wiederholt.

Der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer legte namens seiner Regierung gegen die überstürzte Behandlung der so wichtigen Vorlage Verwahrung ein. — Für Bayern erklärte Staatsrat v. Wolf, daß die bayerische Regierung der Vorlage angesichts der Zwangslage der Reichsregierung zustimme. — Die Vorlage wurde unverändert vom Plenum des Reichsrats mit Stimmenmehrheit angenommen.

Von der französischen Militärstaatsanwaltschaft in Mainz wurde gegen die nach Verübung des schweren Einbruchdiebstahls verhafteten Mainzer Kommunistenführer Stiecheberger und Klinghöfer ein Strafverfahren wegen verbotenen Waffenbesitzes eingeleitet.

Elternbeiräte oder Schulbeiräte?

Von Erich Witte.

Von sozialdemokratischer Seite ist im preussischen Abgeordnetenhaus die Anfrage gestellt worden, ob die Gerichte auf Wahrheit beruhend, daß an Stelle der Elternbeiräte Schulbeiräte unter Hinzuziehung von Lehrern und Geistlichen geplant seien. (Für Schulbeiräte gebrauchen viele den Ausdruck Schulpflegschaften.) Die Anfrage gewinnt erhöhte Bedeutung durch den im Hauptausschuss gestellten Antrag des Zentrums, daß außer den Vertretern der Lehrer und der Geistlichen auch die der Gemeinden dem Schulbeirat angehören sollen, ferner durch die Tatsache, daß Dr. Boesig im Dezember 1919 als Abgeordneter die gegenwärtigen Bestimmungen über die Elternbeiräte verworfen, weil die Geistlichen darin nicht auf Grund ihrer Stellung vertreten seien und daher die katholischen überhaupt nicht Aussicht hätten, hineingewählt zu werden.

Für uns Sozialisten kommen natürlich Geistliche für einen solchen Beirat nicht in Frage. Wenn diesen als Sachverständigen für den Religionsunterricht ein Anspruch auf einen Sitz oder mehrere eingeräumt werden würde, müßten als Sachverständige für das Gesundheitswesen auch Ärzte, für Staatsbürgerkunde Juristen, für bauliche Fragen Architekten, für den Handfertigkeitsunterricht Handwerker und Arbeiter vertreten sein. Wollen die Elternbeiräte das Urteil eines Fachmannes hören, so bietet dazu die folgende Bestimmung der gegenwärtigen Satzungen die Möglichkeit: „Bei Behandlung von Einzelfällen können andere Persönlichkeiten, deren Teilnahme zweckdienlich erscheint, zugezogen werden.“ Die Verwirklichung der Forderung, daß Geistliche nicht als Väter, sondern auf Grund ihrer amtlichen Stellung hineingewählt werden sollen, wäre nichts als eine verkappte Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht. Denn sie hätten vermöge ihrer Stellung einen größeren Einfluß auf die Ergebnisse der Beratungen und könnten, wenn den Beiräten das Recht eingeräumt werden wüßte, dem Unterricht beizuwohnen, den Religionslehrern, die nicht orthodox genug unterrichten, das Leben schwer machen.

Ebenso ist die Forderung zurückzuweisen, daß die Lehrerkollegien und die Gemeinden Vertreter in den Beirat entsenden sollen. Denn seine Tätigkeit ist, wie schon der Rome sagt, nur beratender Natur. Er soll Wünsche und Anregungen, die aus dem Elternkreise kommen, besprechen und dem Lehrerkollegium oder unter Umständen auch der Gemeindevertretung mitteilen. Ist es da nicht direkt unsinnig, wenn die, welche über die Ansichten der Eltern unterrichtet werden sollen, selbst stimmberichtig sein sollen? Was würde man sagen, wenn die Unternehmer die Forderung stellten würden, in den Betriebsräten der Arbeiter und der Angestellten sich und Stimme zu erhalten? Hat jemand schon einmal gehört, daß die Ministerien das Recht beansprucht haben, in die Parlamente stimmberichtigte Vertreter zu entsenden? Die Eltern würden da

durch, daß die Elternbeiräte durch Entsendung von Vertretern der Lehrerkollegien und der Gemeinden zu Schulbeiräten erweitert werden würden, ihrer geringen Rechte beraubt und mundtot gemacht werden. Ich nehme an, daß die Lehrer und die Gemeinden, denen doch daran liegen muß, über die Wünsche der Eltern genau unterrichtet zu sein, in ihrem eigenen Interesse solche Schulbeiräte oder Schulpflegschaften zu verwerfen.

Für uns Sozialisten kommt also nur die folgende Forderung in Betracht: Keine Schulbeiräte oder Schulpflegschaften, sondern reine Elternbeiräte, aber Erweiterung ihrer Rechte.

Wilhelms Kunstpflege. Ein neues amtliches Verzeichnis der Gemälde und Bildwerke in der Nationalgalerie zu Berlin, das Dr. Ludwig Thormaehlen in zweijähriger Arbeit fertiggestellt hat, ist jetzt erschienen. Es wird durch ein Vorwort Justiz eingeleitet, in dem sich folgende interessante Bemerkung findet:

„Für die Kunst der neueren Jahrzehnte hatte der vorige Direktor, v. Tschudi, in glänzender Weise zu sammeln begonnen. Seit 1898 wurde diese Tätigkeit 20 Jahre lang durch äußeren Eingriff gelähmt. Nach dem Kriege ist wieder Bewegungsfreiheit eingetreten, von den führenden Meistern der jüngeren Generation in Deutschland konnten bezeichnende Werke erworben werden. Was dagegen in den vorausgegangenen beiden Jahrzehnten veräußert werden mußte, wird sich nur schwer und langsam ausgleichen lassen.“

Der „äußere Eingriff“ ging bekanntlich von Wilhelm II. aus, dem die von Tschudi geplante „junge Richtung nicht passte“. Er ersuchte den Direktor, der die Nationalgalerie aus einer Kuriositätenkammer zu einem wertvollen modernen Museum um- und auszustatten hatte, von Berlin weg und bewirkte, daß zwei wichtige Jahrzehnte der europäischen Kunstentwicklung in der Galerie unbeachtet und unvertreten blieben. Was damals mit relativ geringen Kosten hätte angeschafft werden können, ist jetzt nur zu zehn- und zwanzigfach höheren, bei der Geldknappheit des preussischen Staates meist unerschwinglichen Preisen, oder — man denke an die Wunderwerke von Gogh — überhaupt nicht mehr zu haben. Statt dessen behält Berlin den Neuen Dom und die Siegesallee

Eine neue Erfindung für das Telegraphenwesen. In den Räumen der Gesellschaft für Funkentelegraphie wurde Sonntag eine neue Erfindung vorgeführt, die zwei Ingenieure, Alfred Johnson und Knud Rasko, in Kopenhagen gemacht haben. Durch sie ist es möglich, elektrische Anziehung ohne Magnetismus und Eisen herbeizuführen, so daß es gelingt, bei allen Schwachstromapparaten ohne elektromagnetische Einrichtung auszukommen. Ein gewöhnlicher Lithographenstein wird einseitig mit Stanniol beklebt, an dem ein dünner Draht befestigt ist. Verbindet man diesen mit dem einen Pol einer Lichtleitung und den anderen Pol mit der eigenen Westinghouse-Platte, so fließt ein solcher Strom durch den Stein und es ergibt sich die verblüffende Wirkung, daß der Stein fest an

der Platte haftet. Bist man die Verbindung, so fällt der Stein sofort ab. Es genügt ein unendlich geringer elektrischer Strom, um die Wirkung zu erzielen. So kann z. B. mit einer elektrischen Leistung von weniger als 10 Watt ein Gewicht von 5 Kilogramm festgehalten werden. Der 300. Teil, der in einer üblichen Glühlampe verbrauchten elektrischen Energie ist also schon zu dieser verblüffend großen Arbeitsleistung fähig.

Die praktische Anwendung dieser Erfindung wurde an einer Reihe wichtiger Beispiele gezeigt, so u. a. an der Ermöglichung drahtloser Telephonie vom fahrenden Zuge aus, wobei die neben der Eisenbahn parallel laufenden Telegraphendrähte zur Weiterleitung der drahtlosen Wellen benutzt werden. Ein weiteres wichtiges Anwendungsgebiet ist die Draht- und die drahtlose Schnelltelegraphie, da die Apparatur durch das Wegfallen der elektromagnetischen Windungen außerordentlich vereinfacht werden kann. Es gelingt auf diese Weise, bis zu 200 Buchstaben in der Minute, sowohl auf dem Drahtweg als drahtlos, zu übermitteln. Zum Schluß der Vorführung wurde noch die Draht- und drahtlose Übermittlung von Gesprächen und von Musik vorgeführt, beides gleichzeitig verbunden mit einer auf Grund derselben Erfindung hergestellten, neuen Lautsprecherichtung.

Der Jahrmast beim Schimpanfen. Bei den „Teneriffa-Schimpanfen“ des Zoo mußte jetzt an einem der Weibchen eine Zahnoperation vorgenommen werden. Leider kann man sich ja der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Tiere, so gesund und munter sie aussehen, doch, wie man sagt, nicht in der besten Haut stecken. Es ist ihnen gerade in ihrer Jugend und Entwicklungszeit, wo sie die beste Pflege hätten haben müssen, eine Zeitlang sehr schlecht gegangen. Einmal werden sie es wohl noch ihrer Gefangennahme und auf der Reise zur Küste nicht gerade zum besten gehabt haben, und dann kamen sie perfrüht auf Teneriffa an, ehe die Station fertiggestellt war, und mußten da noch in engem Käfig sitzen. Solche Schädigungen in der Jugend sind immer von bleibenden Folgen. So hat denn das Männchen überhaupt keine Zähne im Munde, und auch die Weibchen leiden an Zahnbübeln. Den Schädel der leibhaftigen Schimpanfenmutter bezeichnet der Säugerkustus des Museums, Prof. Rastbach, nach Anden- und Zahnbildung als den schlechtesten „Gefangenschaftsschädel“, den er je gesehen. Der bekannte Zahnarzt Dr. Ganger hat jetzt einem anderen Weibchen vier Zähne gezogen, und zwar in der Kethernarkose, der das Tier eine ganz erstaunliche Wideranderts entgegensetzte. Nun dürfen wir hoffen, daß es von seinen Schmerzen und Schwierigkeiten beim Kauen befreit ist.

Der Schlaf als Hinzelmännchen. „Den Seinen gib's der Herr im Schlafe“, sagt das Sprichwort, und nicht nur die Schüler legen sich ihre Bücher unter das Kopfkissen, um die noch nicht gemachte Aufgabe während des Schlafes auf geheimnisvolle Weise in den Kopf zu bekommen, sondern auch sonst sagt man bei schwierigen Entscheidungen, man wolle sich die Sache erst „beschlafen“.

Welch tieferer Sinn in dieser Volkswelt liegt, sucht ein Neurologist in einer Abhandlung nachzuweisen. „Eine Sache beschlafen“, heißt nach seinen Ausführungen nichts anderes, als „sie dem Unterbewußtsein überlassen“, und das bedeutet, daß unsere

Zurückgenommene Verleumdung.

Der Schriftleiter der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Correspondenz“ stellte über die Genossen Scheidemann und Wissell Behauptungen auf, die geeignet waren, das Ansehen unserer Genossen in ehrwürdiger Weise zu verlegen. Unsere Genossen Scheidemann und Wissell strengten eine Beleidigungsklage an, und in der Verhandlung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I kam es zu einem Vergleich auf der Grundlage, daß die nachfolgende Erklärung in der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Correspondenz“ wie im „Vorwärts“ zu veröffentlichen sei. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

In eigener Sache.

Ich habe mich auf Grund der stattgehabten Verhandlungen davon überzeugt, daß die in Nr. 2 der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Correspondenz“ vom 6. Januar 1920 aufgestellten Behauptungen: die Herren Scheidemann und Wissell hätten sich für die angebliche Erteilung eines Einfuhr- oder Durchfuhrscheines an Georg Klarz über den Betrag von 50 — fünfzig — Millionen Mark, oder überhaupt für die Erteilung von Einfuhrscheinen aus eigennützligen Interessen eingekauft oder sich für die Erteilung solcher Scheine Vorteile versprochen oder gewährt lassen, jeder tatsächlichen Unterlage entbehren, und nehme sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Dr. Diekmann, Schriftleiter der „D. B. Z.“

Hoffentlich dient diese öffentliche Anprangerung dazu, um den zu Verleumdungen stets gern bereiten deutschnationalen Maulhelden ein ernstes Warnungssignal zu erteilen.

Die deutsche Ernährungspolitik.

In Darmstadt fand gestern im Sitzungssaal der Volkskammer eine Aussprache der Wirtschaftsminister des Reiches und der Länder statt. Nach einleitenden Worten des Reichswirtschaftsministers Schmidt legten die Ministerialräte Dr. Trendelenburg, Flach und Freiherr v. Büllow in längerer Referat die gegenwärtige Wirtschaftslage, die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen und die bestehenden Absichten dar. Im einzelnen wurde ausgeführt, daß angesichts der großen Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des bisherigen Systems der Einfuhrkontrollen ergeben haben, ernstlich erwogen werden müsse, wie im Interesse der Aufrechterhaltung der deutschen Zahlungsfähigkeit eine erweiterte Einfuhrbeschränkung hauptsächlich im Wege der Zollpolitik durchgeführt werden könne.

Die Verschleppung belgischer Arbeiter.

Vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I begann gestern ein auf mehrere Tage beschänkter Prozeß gegen den Redakteur der „Freien Presse“, Heinrich Wendt, der wegen verleumderischer Beleidigung des als Rebellenführer angesehenen Generals a. D. v. Seidlitz, Kriegsgeschichtswissenschaftlers Dr. Kautenried, und Kriegsgeschichtswissenschaftlers Dr. Diekmann beschuldigt ist. Dem Angeklagten, der sich seit 10 Tagen im Hungerstreik befindet, stehen die Rechtsanwältin Dahn und Rosenfeld zur Seite. Die Anklage wird vom Staatsanwalt Deltich vertreten. Es handelt sich um die — bereits früher im anderen Zusammenhang erwähnte — Artikelserie „Gruppe Geni“, in der dem General Seidlitz Achtung und widerrechtliche Deportation der gesamten männlichen Bevölkerung aus dem belgischen Dorf Krushouter während des Krieges zum Vorwurf gemacht wird. Einer Reihe von Beweisurteilen wurde nicht stattgegeben. Der Angeklagte wurde für verhandlungsfähig erklärt, da er sich, wie der Sachverständige Hoffmann ausführte, nur in einem teilweisen Hungerstreik befinde. Nach kurzer Verhandlung erklärte Wendt, nicht weiter folgen zu können; die Verhandlung wurde deshalb auf heute vertagt.

Die militärischen Ortstafeln sterben. Die Landräte sind darum erlaubt worden, sofort dafür zu sorgen, daß die in ihren zuständigen Kreisen angebrachten Ortstafeln, die mit der Bezeichnung des zuständigen Bezirkskommandos, Hauptkommandos und des Bezirksfeldwebels versehen sind, beseitigt werden. Am 1. Januar 1922 müssen sämtliche militärischen Bezeichnungen auf den Ortstafeln spätestens gestrichen sein.

geistigen Kräfte im Unterbewußtsein während des Schlafes weiterarbeiten, dort gleichsam als Heimgelächter wirken und, wenn wir erwachen, uns den vollständigen reifen Entschluß in unser Bewußtsein liefern. Es ist schon vielfach beobachtet worden, daß schwierige Denkopoperationen während des Schlafes ausgeführt werden. Das Unterbewußtsein schläft nämlich nie, sondern es arbeitet als ein hilfloser guter Geist weiter, während Körper und bewußte Denktätigkeit ausruhen. Berühmte Männer haben des öfteren erzählt, daß ihnen die Lösung einer besonders komplizierten Aufgabe, die Ausarbeitung einer Erfindung, mit der sie sich lange beschäftigten, oder die Erkenntnis mathematischer Probleme plötzlich gelungen sei, nachdem sie vom Schlaf erwacht wären und unmittelbar beim Erwachen daran dachten. Dichter und Schriftsteller, die sich mit einem Wert vor dem Schlafengehen vergeblich abmühten, hatten beim Erwachen die lange gesuchte Situation, die beste Formel mit einem Schlage im Bewußtsein und konnten nun leicht hinschreiben, was gleichsam die Heimgelächter des Unterbewußtseins vollbracht hatten. Und wie genialen Menschen, so geht es uns allen. Argende eine Sache, die uns vor dem Schlaf nicht einfallen wollte, ist am nächsten Morgen mit aller nur wünschbaren Deutlichkeit in unserem Geiste, denn das Unterbewußtsein hat die Arbeit getan, und es leistet sie viel besser, als wir sie bewußt hätten vollbringen können.

Daß das Unterbewußtsein während des Schlafes arbeitet, geht schon aus der einfachen Tatsache hervor, daß wir imstande sind, zu einer bestimmten Zeit zu erwachen, wenn wir uns dies vorher fest vornehmen. Das Unterbewußtsein führt diesen Befehl, den ihm das Bewußtsein gibt, aus, und zwar meistens mit größter Genauigkeit.

Hinrichtung auf der Bühne. In einem Pariser Theater wird jetzt ein Stück aufgeführt, das eine Hinrichtung auf offener Szene zeigt und dadurch lebhafteste Proteste der Publikumskräfte auslöst hat. Die Verurteilten sind André de Sorde und Jean de Verne; ihr Verbrechen ist die Ermordung eines Mannes. In der ersten Szene morden sie einen Mann, in der zweiten einen anderen. In der dritten Szene morden sie einen dritten. Zusammen mit dem Vater seines Opfers, der als Mörder verhaftet worden ist. Wenn der Vorhang zum drittenmal aufreißt, sieht man das Schaftloch, das sich vom trüben Nebel einer Wintermorgens abhebt. Geleitet von Geirännisgeräuschen, wird der Opferrumpf zum Schaftloch geschleppt. Der Schorfriecher und seine Gefährten binden ihm die Arme und werfen ihn aufs Brett. Das Messer faßt nieder, und der Kopf des Mörders fällt in einen Korb. Der Direktor des Theaters und einer der Autoren sind nun auf die Polizeipräkatur beschickten worden, wo man ihnen ausgerechnet hat, den Vorhang für die Zukunft schon in dem Augenblick fallen zu lassen, da der Verbrecher das Schaftloch betritt.

Deutsche Gesellschaft für Klimaforschung. Der letzte Klimakongress am Dienstag, den 13. 8. Uhr, Vorabend, 6. bis zum Thema: Verhältnisse des Klimas in den verschiedenen Klimazonen als Folge der entgegengesetzten, den wahren Klimaten kennen? Vordere Arbeit in Vorberichtsform 7 von 7, 7-1/2 Uhr im III. Stock (Bühnen der Gesellschaft) eine Vorführung interessanter und wichtiger Klimaforschung statt mit Musikunterstützung durch den Vorsitzenden Prof. Kompfner.

Vom Handwörterbuch der Staatswissenschaften ist fordern die 5. Lieferung (Anarchismus — Arbeit) im Verlage von Julius Fischer in Jena erschienen.

Kapps Verfassungsakrobatik.

Die Zeugenvernehmung im Jagow-Prozeß.

F. Kl. Leipzig, 12. Dezember.

In der weiteren Verhandlung gegen Jagow und Genossen erklärt Zeuge Hülsen auf die Frage des Oberreichsanwalts, warum er sich dem Kommando des beurlaubten Lüttwisch unterstellt habe, daß er die formalen Bedenken zurückgestellt habe, um einen Zusammenstoß der Reichswehrtruppen zu vermeiden. Ein Beurlaubter könne übrigens jeden Augenblick zurückkehren und ohne weiteres das Kommando wieder übernehmen. Während der kritischen Tage hat Hülsen den Potsdamer Bahnhof in Berlin und den Bahnhof in Potsdam besetzt lassen, „um die Bahn in die Hand zu nehmen“. Da Lüttwisch am 13. März den General v. Dven als Wehrkreis-Kommandeur abgesetzt hatte, wurde Hülsen vorübergehend zum Wehrkreis-Kommandeur ernannt. Er ist dann auch wegen Teilnahme am Hochverrat angeklagt worden, aber unter die Amnestie gefallen.

Gegenüber dem bejammernswerten Kneifen der drei Angeklagten und dem ebenso kläglichen Vergehen der Erinnerung, wie es bei manchen der kappistischen Zeugen bisher zutage trat, wirkte die brutale Offenheit des antisemitischen Journalisten und ehemaligen königlich sächsischen Oberfinanzrat Bang geradezu erfrischend. Dieser Juden- und Sozialistenfresser, der von Kapp zum Reichsfinanzminister ausersehen war, hat sich rechtzeitig gedrückt, weil Kapp und Lüttwisch nicht den Mut fanden, gleich am 13. März die Reichsverfassung außer Kraft zu setzen, im Gegenteil sich darauf einließen zu verhandeln und möglicherweise gar Sozialdemokraten zur Regierungsbildung heranzuziehen, wobei sie außer Acht ließen, daß gerade Sozialdemokraten sie zum Sturze brachten. Bang ist in seiner antisemitischen Querköpferei doch wenigstens konsequent. Er bekennt sich offen dazu, daß er an das Bestehen eines hochverräterischen Planes glaubte, nach den Angaben Kapps über die von ihm vorgezeichneten Personen auch glauben mußte. Gerade die trotz allem doch jammerhafte Vorbereitung des Unternehmens hat ihn dann abgelehrt und zurücktreten lassen. Es ist eine besondere Ironie, daß gerade dieser einzige offenberzig Hochverräter durch Gerichtsbeschluß außer Verfolgung gesetzt ist.

Beherrschte der offene Verfassungsfeind die Vormittags-Sitzung, so wandte sich das umgekehrte Interesse gegen Schluß der heutigen Verhandlung den ehrlichen Verteidigern der Republik zu, die in schlichter Uniform der Marineunteroffiziere (Maaten) vor Gericht erschienen. Sie waren in der kritischen Märzwoche zur Brigade Ehrhardt gekommen, und als sie am 12. März gerüchtwiese von dem Vorstoß gegen die Regierung hörten, sind sie, zwei an der Zahl, zu ihrem Kompagnieführer gegangen, um ihn zu fragen, was an dem Gerücht wahres sei. Dieser Kompagnieführer erklärte ihnen, er könne nur Leute brauchen, die Gehorsam zeigten. Sie sollten im Lager bleiben und das weitere abwarten. Ein anderer Offizier aber versicherte ihnen, daß sie, die sich auf ihren Eid beriefen, gar nicht richtig geschworen hätten, denn erstens hätten sie nicht die rechte Hand erhoben, zweitens hätten sie nicht Gott zum Zeugen angerufen. Sie aber blieben dabei, daß sie verfassungsmäßig auf die Regierung vereidigt seien und nichts gegen sie unternehmen würden. Nur dem Umstand, daß die verfassungstreuen Arbeiter und Angestellten durch den Generalfeldmarschall den ganzen Putsch ein Ende machten, haben die wackeren Drei es zu verdanken, daß sie nicht nachträglich noch gestandrechtigt wurden. Mit Recht wies der Oberreichsanwalt auf den seltsamen Umstand hin, daß den Unteroffizieren und Mannschaften der Vorstoß gegen die Regierung als offenes Geheimnis bekannt war, daß aber die vernommenen Offiziere alle nichts davon gewußt haben wollen. Einer der Verteidiger wagte es sogar, das offene Geheimnis mit den

„Patrinenparolen aus dem Felde“ zu vergleichen. Aber die Zeugen standen ihren Mann. Ein Unteroffizier als Zeuge versicherte, daß er die Nachricht sogar von einem Offizier selbst habe, der für die nächsten Tage etwas Großes ankündigte.

Zwischen Bang und den Maaten, zwischen den offenen Hochverrättern und verfassungstreuen Unteroffizieren, wucherten sich am Zeugenstand Generale und Offiziere mit Verwaltungsbeamten ab. Der damalige Justizminister Schiffer gab eine historische Darstellung der Ereignisse und räumte vor allem mit der Mär auf, daß die alte Regierung geflohen sei. Er, Schiffer, war mit Noske, Reinhard und Gilsa der Meinung, daß man den Kampf aufnehmen solle. Nachdem aber nach dem Vergehen der Generale das Kabinett beschloffen hatte, keinen Kampf in Berlin führen zu lassen, habe er vorgeschlagen, der Reichspräsident, der Kanzler und ein Teil der Minister solle nach außerhalb gehen, um den Widerstand zu organisieren, ein anderer Teil dagegen, darunter Schiffer als Vizekanzler, sollten in Berlin bleiben, um der Gewalt den Boden zu entziehen. Tatsächlich ist auch von jeder Koalitionspartei ein Minister abgereist, mindestens einer aber in Berlin geblieben. Das preussische Ministerium war vollständig in Berlin. Traugott v. Jagow mußte also wissen, daß er mit Gewalt sich ein Amt anmaßte, als er sich an die Stelle Heines setzte. Er, Jagow, war es auch, der in der Reichskanzlei, wie er sagte, „zuhörte“, als Kapp den Vizekanzler Schiffer aufforderte, sein Amt zu verlassen. Als Schiffer nach dem Recht fragte, auf Grund dessen diese Aufforderung gestellt werde, erklärte Jagow mit wegwerfender Handbewegung: „Wie kann man in diesem Hause seit dem 9. November noch von Recht reden?“

Außer Schiffer tritt der damalige Unterstaatssekretär Freiherr v. Falkenhäusen als Zeuge auf. Er hat schon früher in der „Nationalen Vereinigung“, die er mitbegründet, und auch von Kapp selbst dessen politische Ansichten kennen gelernt. In seine Pläne sei er nicht eingeweiht worden, weil er das ganze Vorgehen für falsch und gerade in deutschnationalen Interesse für falsch hielt. Trotz dieser ablehnenden Haltung hat Kapp ihn zum Chef seiner Reichskanzlei gemacht und Falkenhäusen hat das angenommen. Als Kapp ihm durch Jagow sagen ließ, daß er auch auf ihn rechnen müsse, sei er um 6 Uhr beim Brandenburger Tor gewesen und habe Kapp in die Reichskanzlei eingeführt. Auch dieser Ehrenmann ist infolge der Amnestie außer Verfolgung gesetzt.

Von Interesse ist, daß die Zeugen regelmäßig bei der Frage, ob einer der Angeklagten besonders hervorgetreten sei, plötzlich ein sehr schwaches Gedächtnis haben und sich auf nichts zu erinnern vermögen. Es fällt weiter auf, daß der Vorstehende wohl den demokratischen Justizminister Schiffer und die Unteroffiziere auf die Heiligkeit des Eides hinweist, daß er aber bei den übrigen Zeugen davon Abstand nimmt und ohne weiteres ihnen den religiösen Eid abfordert. Einer der Ehrhardt-Offiziere, der von Ehrhardt am 13. März mit einem besonderen Auftrag ausgesandt wurde, verweigert heute die Aussage, weil er sich durch eine Beantwortung einer Strafverfolgung aussetzen könne. Ein Teil der zu heute vorgeladenen Zeugen konnte nicht mehr vernommen werden und wurden auf morgen wieder bestellt.

Lubendorf der Harmlose.

Herr Lubendorf, der in Leipzig den Harmlosen spielt, wird durch folgende Tatsache charakterisiert:

Als der damalige Eisenbahnminister Dezer verhaftet wurde, sah er in einem Zimmer der Reichskanzlei einen militärischen Befehl liegen, in dem u. a. stand, Erzengel v. Lubendorf mache darauf aufmerksam, daß sich zweifelhaftes Elemente auf den Straßen an die Kapp-Truppen herandrängen. Er ersuche unverzüglich Gegenmaßnahmen zu treffen.

Wirtschaft

Der Eisenbahnstreik im Licht des Wirtschaftsforschungsschrittes.

Hinter dem Kampf um die Reichseisenbahnen steht ein interessanter volkswirtschaftlicher Zusammenhang. Die Reichseisenbahnen sind bisher ausschließlich horizontal organisierter Betrieb, das heißt: der Eisenbahnbetrieb beschränkt sich fast ausschließlich auf einen einzelnen Geschäftszweig, auf das Transportgeschäft an Personen und Großgütern auf eigenem Bahnkörper. Nicht einmal die Reparaturwerkstätten sind in erforderlichem Umfang Reichseigentum. Die Betriebskosten, die Materialien (Schienen, Wagen, Lokomotiven u. v.) werden auf dem freien Markt gekauft. Wäre die Eisenbahn in privater Hand, so hätte dieser private Industrielle sich ohne Zweifel in Kohlenzufuhr, Wagen-, Lokomotiv-, Schienenproduktion und weiterhin in der Beschaffung von Kohle und Eisen für diese Materialerzeugung unabhängig gemacht, er hätte vertikal konzentriert, er hätte also diese Vorstufen des Eisenbahngewerbes sich angegliedert, soweit diese Vorstufen für die Eisenbahnarbeiten; außerdem hätte er einige Nachstufen sich angegliedert, Lagerhäuser, Expedition, Abrollverkehr, Spritze und Schlafwagen, Reisebüros, er hätte sich mit der Post zusammengeschlossen, deren Kleinverpackungsverkehr mit dem Großverkehr der Eisenbahn nahe verwandt ist und die betrieblich von der Eisenbahn nur künstlich zu trennen ist (Eisenbahntransportwagen, Postkörbe auf den Bahnhöfen). Vom Fern-Strahlenverkehr hätte der vertikale konzentrierende Industrielle sich nicht ängstlich ferngehalten, er hätte ihn in die Hand genommen, statt ihn zu bekämpfen. Wasserstraßen und Häfen und Schleppschiffe hätte er in seinen Kreis gezogen, eine große, horizontal breite, vertikal umfassende Verkehrsgesellschaft wäre erstrebt worden.

Was aber hat heute das Reich in der Hand? Staatskapitalistische, fiskalische Teilbetriebe, aber weder ein in modernen kapitalistischem, noch in sozialistischem Sinne Ganzes. Die vertikale Konzentration ist der nur horizontalen Konzentration im kaufmännischen und zugleich im sozialistischen Sinne nur noch überlegen. Die vertikale Konzentration ist verbindende Ordnung, ist Unabhängigkeit, bei der Produktion beginnend bis zum Konsum; sie schließt den wirtschaftlichen Kampf aus, sie gestaltet einen Wirtschaftskörper für sich. Die horizontale Konzentration, die Vereinigung der Betriebe gleicher Art in einer Hand und Beschränkung auf diese Betriebsart schließt den wirtschaftlichen Kampf nicht aus, sondern stellt die konzentrierten Betriebsgruppen als große Kampfgänger einander gegenüber — hier die Schwerindustrie und die Maschinen- und Wagenerzeugung gegenüber der Eisenbahn. Nur der Wettbewerb mit gleichartigen Betrieben wird durch die horizontale Konzentration ausgeschaltet. Horizontale Konzentrierung ist gemäß eine Vorbedingung der vertikalen Konzentrierung, ist aber nur ein Übergangsstadium, das unsere Privatindustrie überall rasch überwindet. (Eine sozialistische Gesellschaft wäre im Endzustand sowohl horizontal

wie vertikal konzentriert durchorganisiert: nach allen Richtungen ein geordneter Zusammenhang.)

Die Industrie betrachtet nun von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht die Reichseisenbahnen als die horizontal konzentrierte Vorstufe eines vertikalen Aufbaus. Da das Reich diesen Aufbau vernachlässigt, meldet sie sich und fordert im Interesse wirtschaftsorganisatorischen Fortschrittes die Eisenbahnen für die Privatindustrie, und zwar nicht nur aus den oben genannten Zusammenhängen heraus, sondern auch in Erwartung künftiger Elektrifizierungen, d. h. eines Zusammenschlusses mit den Elektrizitätswerken. Wir sind gewiß überzeugt, daß diese vertikale Verkehrskonzentration so allmächtig wird, daß das Reich sie wieder in Obhut nimmt, denn der hier gefährdete Sozialismus ist nicht nur Parteilehre, sondern ist die entwicklungsnotwendige Fortsetzung der vertikalen Konzentration. Aber wozu dieses Zwischenstück? Das Reich muß selbst hier vertikal konzentrieren — wollen wir uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß der Sozialismus nur durch individuelle Privatinitiative kapitalistischer Unternehmer angebahnt werden soll, nicht durch den im Reich organisierten Gemeinwillen des Volkes.

Dem hochkapitalistischen Sinnese-Deut muß entgegengekehrt werden der technisch-organisatorisch gleich vollkommene, aber vom Gemeinwohl und Gemeinwillen geleitete, horizontal-vertikal konzentrierte Reichs-Verkehrsbetrieb. Ob dieser Betrieb unmittelbar auf Reichsrechnung ausgeführt wird oder auf Rechnung einer Gesellschaft, deren Kapital ausschließlich Reichseigentum ist, das ist Unterfrage, ist nur Ausführungsfrage. Eine Gesellschaft könnte auch deutsche Einzelstädter und Gemeinden aufnehmen, deren Werke allein in der Vereinzelung weniger ergiebig sind (Kohlenzechen, die Schwäbischen Werke des Landes Württemberg, die mangels anderweitigen Anschlusses der Gutehoffnungshütte angegliedert wurden und dergl.), eine Gesellschaft kann auch das Land Österreich miteinbegreifen.

Unsere gefühlsmäßige Entrüstung gegen die Privatisierung der Eisenbahnen muß wirtschaftspolitisch geschärft werden.

Dr. Wagner-Roemich, Hamborn.

Die amtlichen Devisenkurse der gestrigen Berliner Börse brachten der Mark wiederum eine beträchtliche Besserung ihrer Auslandsaufkraft. Es ermäßigte sich der Preis eines Dollars von 187,31 auf 165,33, 100 belg. Gulden gingen von 6738,25 auf 6143,85 zurück, 100 Sterlina von 769,20 auf 689,90, 100 franz. Franken von 1453,50 auf 1333,65 und 100 Schweizer Franken von 2621,85 auf 2246,75 zurück. Diese Kurse liegen unter dem Stand von Anfang November. Am Silberrmarkt gab es ebenfalls starke Kursrückgänge, nur feilverzinliche Werte, zumal Reichsanleihen, waren fest.

Für 1,8 Milliarden neue Banknoten mußte die Reichsbank in der ersten Dezemberwoche neu in Verkehr bringen, dazu noch für 278,7 Mill. Mark Darlehensloanscheine. Der Betrag an umlaufendem Papiergeld stieg sonach um 21 auf rund 110 Milliarden Mark.

Gewerkschaftsbewegung

Ausperrung der Berliner Bauarbeiter.

Zu gleicher Zeit, da die Bauarbeiter und die Zimmerer in ihren Versammlungen am Freitagabend beschloffen, am Montag überall da die Arbeit niederzulegen, wo ihre Forderungen auf Zahlung eines Stundenlohnes von mindestens 13,50 M. nicht bewilligt werden, beschloß die Generalversammlung des Verbandes Groß-Berliner Baugeschäfte, die Arbeiter am Montagabend auszusperrn.

Die heute einsetzende Ausperrung betrifft etwa 10000 Bauarbeiter — gelernte und ungelernete —, worunter natürlich auch alle diejenigen, die bereits seit gestern morgen im Streik stehen, so daß durch Ausperrung höchstens diejenigen Bauarbeiter getroffen werden, die bereits zu den bewilligten neuen Löhnen arbeiten und deren Zahl etwa 1500 betrug.

Der genannte Arbeitgeberverband läßt durch die B.S.-Korrespondenz eine Darstellung über die Ursachen der Bewegung verbreiten. Der Forderung der Arbeiter auf Erhöhung des Stundenlohnes von 9,30 M. um 5,70 M. für Maurer und um 5,50 M. für Ungelernte hätten die Arbeitgeber „nicht ohne weiteres“ zustimmen können. Das Bezirkslohnamt hätte einen Schiedspruch, wonach nur eine Zulage von 2,45 M. resp. 2,10 M. ab 23. November zu zahlen sei und ab 23. Dezember eine weitere Zulage von 50 Pf. pro Stunde. — Da der Schiedspruch wesentlich hinter den Forderungen der Bauarbeiter zurückblieb, mußte mit einer Ablehnung von vornherein gerechnet werden.

Die Darstellung der Arbeitgeber verschweigt aber, daß das Reichsarbeitsministerium sich daraufhin einsetzte, um eine Verständigung herbeizuführen. Der Verband der Baugeschäfte hat jedoch diesen Verständigungsversuch vereitelt, indem er es ablehnte, unter einem vom Reichsarbeitsministerium zu bestellenden Unparteilichen zu verhandeln — weil das Ansehen des tarifrätigen Bezirkslohnamtes dadurch herabgesetzt werde. In Wirklichkeit nur deshalb, weil die Unternehmer befürchteten, die erneuten Verhandlungen müßten die Forderung der Bauarbeiter mehr entgegenkommen. Das wollten sie aber nicht.

Solange der wiederergetretene Frost anhält, können die Unternehmer sich den Luxus einer Ausperrung leisten, zumal die Mehrzahl der Bauarbeiter bereits im Streik stand. Bis dahin aber ist die Zeit zu neuen Verhandlungen außerordentlich günstig. Die Arbeitgeber müssen schon zugeben, daß seit den Verhandlungen des Bezirkslohnamtes die Forderung weitere Fortschritte gemacht hat, die wieder durch den Spruch des Bezirkslohnamtes noch durch die ab 23. Dezember vorgesehene Zulage als abgelehnt gelten kann. Wird die unumgängliche Auseinandersetzung aufgeschoben bis zum Eintritt abermaligen Witterungsumschlags, bringt sie Verluste an Zeit und Geld, die leicht zu vermeiden sind.

Der Hochbahnstreik geht weiter.

Warum es nicht zu Verhandlungen kam.

Der Gruppenlohnvertrag lief am 1. Dezember ab. Eine Einigung darüber, daß die tariflichen Schlichtungsstellen beim Abschluß eines neuen Vertrages mitwirken sollten, bestand nicht. Deshalb wurde das Reichsarbeitsministerium als Schlichtungsstelle angerufen. Die dort erzielte Einigung ist von den Arbeitnehmervertretern bestritten, von der Belegschaft jedoch als ungenügend abgelehnt worden. Der tarifliche Zustand besteht mithin fort.

Die Direktion der Hochbahngesellschaft vertritt nun die Auffassung, daß mit der Zustimmung der Arbeitnehmervertreter im Reichsarbeitsministerium das Gruppenabkommen neu abgeschlossen war. Demgegenüber verweist die Arbeiterorganisation darauf, daß es bisher bei allen Lohnbewegungen üblich war, daß die Belegschaft darüber entscheidet, ob sie dem Ergebnis der Verhandlungen zustimmt oder es ablehnt. Erst durch ihre Zustimmung werde eine Vereinbarung verbindlich. Zwei Tage vor der Abstimmung wurde auf allen Bahnhöfen die Aufforderung an das Personal zur Urabstimmung ausgehängt, ohne daß die Direktion ihre ablehnende Meinung geltend gemacht hätte. Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer hatte überdies keine Vollmacht, die Vereinbarung vor dem Reichsarbeitsministerium endgültig abzuschließen. Das Gruppenabkommen, auf dessen Abschluß sich die Direktion beruft, war also nicht, wie sie behauptet, abgeschlossen, sondern es ist in der Urabstimmung verworfen worden. Deshalb können auch die tariflichen Schlichtungsinstanzen nicht eingreifen. Die Organisation der Arbeitnehmer lehnt es daher ab, den Hauptauschuss taupen zu lassen, zumal die Voraussetzung seines Eingreifens — laut Tarifvertrag, daß beide Parteien darüber einig sein müssen, nicht gegeben ist.

Dieser Sachverhalt wird in einem Schreiben des Verbandes an den Arbeitgeberverband der Deutschen Straßen-, Kleinbahn- und Privatbahnen vom gestrigen Tage klargestellt, als Antwort auf die Einladung zu einer Sitzung des Hauptauschusses, die den Arbeitnehmern eine Viertelstunde vor der Sitzung zugesprochen ist. Es heißt darin weiter:

Wäre der Hauptauschuss nur angerufen, um den Streik so schnell wie möglich aus der Welt zu schaffen, so würden wir dem Rufe gern Folge leisten, wenn auch zur Tagung eine spätere Tageszeit erforderlich wäre. Das ist aber von der Direktion der Hochbahn nicht beabsichtigt; sie versanzt vielmehr die Anerkennung ihrer Rechts-

auffassung, um damit einen Tarifbruch konstruieren zu können. Also nicht auf die Beilegung des Streiks kommt es der Direktion an, sondern um der Öffentlichkeit die Auffassung beizubringen, das Personal der Berliner Hochbahn befindet sich in einem wilden Streik. Diese Absichten der Direktion können wir schon aus rein rechtlichen Gründen nicht unterstützen.

Geht die Direktion der Hochbahngesellschaft bzw. der Arbeitgeberverband von der Fiktion einer vollzogenen und durchbrochenen Vereinbarung ab, dann steht den Einigungsverhandlungen nichts im Wege. Es wäre Zeit, daß man über die formalen Vorwände oder Bedenken hinaus zur Verständigung kommt.

Eine merkwürdige Entscheidung.

Der vom Arbeitgeberverband angerufene Hauptauschuss erklärte sich trotz des Fehlens der Arbeitnehmervertreter, außer denen des Christlichen Verbandes der Gemeindefreier und Straßenbahner, für zuständig und fällte folgenden Spruch:

1. Der Hauptauschuss erklärt sich für zuständig.
2. Die am 3. Dezember 1921 vor dem Reichsarbeitsministerium geschlossene Vereinbarung gilt als Gruppenabkommen im Sinne des § 8 der Manteltarifverträge.
3. Dieses Gruppenabkommen hat für alle Arbeitnehmer der Hochbahn Gültigkeit.
4. Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.
5. Die am Vertrage beteiligten Gewerkschaften sind verpflichtet, ihre Mitglieder zur Arbeitsaufnahme mit allen denjenigen Mitteln anzuhalten, die ihnen nach ihren Satzungen den Mitgliedern gegenüber zur Verfügung stehen und haben keine Streikunterstützung zu gewähren.

Nach § 21 des Tarifvertrags ist der Spruch des Hauptauschusses endgültig und bindend für beide Parteien.

Die Streikenden werden in einer Vollversammlung in der Buchbinderlei heute nachmittag zu diesem salomonischen Spruch Stellung nehmen. Wir möchten ihrer Entscheidung in keiner Weise vorgreifen und enthalten uns daher jeder weiteren Bemerkung.

Hauptbetriebsratswahl bei den Versorgungsbehörden.

Nachdem die im vorigen Jahre stattgefundene Wahl des Hauptbetriebsrats infolge der Maßnahmen des Hauptwahlvorstandes bei der Errechnung des Wahlergebnisses vom Vorläufigen Reichswirtschaftsrat für ungültig erklärt worden ist, macht sich eine Neuwahl notwendig. Diese findet am 15. Dezember statt. Für die Wahl ist von den beteiligten freien Gewerkschaften (Zentralverband der Angestellten und Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter) eine gemeinschaftliche Vorschlagsliste aufgestellt worden. Der künftige Hauptbetriebsrat hat außerordentlich wichtige Arbeiten zu erledigen. So wird im kommenden Jahre entschieden werden, ob in Versorgungswesen die Angestellten sämtlich durch Beamte ersetzt oder ob wie bisher neben Beamten auch Angestellte beschäftigt werden sollen. Es ist daher Pflicht jedes Arbeitnehmers bei den Versorgungsbehörden, dem die Sicherung seiner Existenz am Herzen liegt, die freigelegte Vorschlagsliste zu wählen. Der Stimmzettel muß die Aufschrift tragen: Vorschlagsliste 1, Freie Gewerkschaften, Frömmert, Helmuth.

Neue Lohnregelung für die städtischen Guts- und Forstarbeiter.

In Anbetracht der Feuerungsverhältnisse hatte der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband als zuständige Organisation bereits bei der Verhandlung über die Lohnzulage der übrigen städtischen Arbeiter den Antrag gestellt, die Lohnregelung der Guts- und Forstarbeiter d. J. auch auszudehnen auf die Guts- und Forstarbeiter. In einer Verhandlung zwischen einem Ausschuss des Magistrats und Organisationsvertretern kam es nicht zu einer Einigung. Die Differenzen wurden dem Magistrat vorgebracht. Dieser beauftragte den Unterausschuss sofort erneute Verhandlungen aufzunehmen. Inzwischen bemühten sich die Organisationsvertreter in einer Rücksprache beim Oberbürgermeister, den Arbeitern, zum mindesten noch vor Weihnachten, einen Vorstoß auf die Lohnregelung der Guts- und Forstarbeiter zu lassen. Durch Vermittlung des Oberbürgermeisters fanden dann am 9. d. M. erneute Verhandlungen statt, in denen es endlich zu einer Einigung auf folgender Grundlage kam:

Der freie Arbeiter (Arbeiter ohne Deputat) soll zu seinem bisherigen Lohn (4,41) eine Stundenlohnzulage von 1,30 erhalten. Der Deputat eine solche von 90 Pf. (bisher 2,11), der Kiehlwärrer (Arbeiter mit Teildeputat) 1,20 (bisher 3,73), die Frauen 74 Pf. (bisher je nach Alter 1,16 bis 3,10), Frauen 53 Pf. (bisher 1,88), Jugendliche weibliche 50 Pf. (bisher 1,05 bis 1,91). Die Sätze gelten ab 1. Oktober bis einschließlich Dezember d. J. und kommen nur in Anwendung für diejenigen Arbeiter, welche am 7. November tatsächlich beschäftigt waren. Die bisherige Zulage von 6 M. pro Woche und Kind wird erhöht auf 60 M. monatlich. Daneben erhalten die Forst- und Gutsarbeiter gleichfalls wie die übrigen städtischen Arbeiter, eine einmalige Lohnbeihilfe von 300 M. Nicht Vollbeschäftigte erhalten die Lohnbeihilfe anteilig. Die Tarifkommission und der Magistrat haben diese Sätze angenommen.

Kongress der Luxemburgischen Gewerkschaften.

In dem kleinen Industriort Esch-Alz fand Ende Oktober der vierte Jahreskongress der freien Gewerkschaften Luxemburgs statt. Es waren 28 Delegierte anwesend, die zu-

sammen 21 388 Mitglieder vertreten. Im Rechenschaftsbericht für das abgelaufene Jahr, der vom Kongress zur Kenntnis genommen wurde, wurde u. a. auf die Gründung verschiedener Industrieverbände hingewiesen. So schlossen sich u. a. die im Metallarbeiterverband organisierten Werksstättenarbeiter mit dem Verband der Luxemburgischen Eisenbahner und der Metallarbeiterverband mit dem Berg- und Hüttenarbeiterverband, der sämtliche Kupfer- und Handarbeiter der beiden Industrien umfaßt, zu einem Industrieverband zusammen.

Die gegen die beabsichtigten Lohnherabsetzungen und Massenentlassungen gerichtete große Bewegung vom 1. März wurde durch französische Soldaten gewaltsam unterdrückt. Andererseits beeinflussten die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Belgiens in einem Maße die innere Politik Luxemburgs, daß sich die Regierung genötigt sah, das 1920 beschlossene Gesetz über die Arbeiterausschüsse außer Kraft zu setzen. In einer vom Kongress angenommenen Resolution wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, alle das Arbeitsrecht, den Arbeiterlohn und die Arbeiterversicherung betreffenden Gesetze zu einem einheitlichen Arbeitsrechtsbuche zusammenzufassen sowie auf die Durchführung der vollkommenen Gleichstellung aller Arbeiter und Arbeiterinnen in Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft und Hausarbeit zu dringen. Ferner wurde der Wunsch auf Einführung von Unterrichtsreisen durch die Gewerkschaften ausgedrückt, um die Arbeiter für ihre Aufgaben in den Arbeiterausschüssen in entsprechender Weise vorzubereiten. Der Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund wurde einstimmig genehmigt.

Deutscher Inhabereverband. Auch in diesem Jahre wird an alle Inhaberemitglieder und an Witwen unserer verstorbenen Inhaberemitglieder, ebenso an alle Arbeitslosen und Kranke, welche zu Weihnachten mindestens 14 Tage arbeitslos oder krank sind, eine Weihnachtsunterstützung gezahlt. Die Auszahlung erfolgt am Donnerstag, den 15. Dezember, in unserem Bureau, Engelstr. 23 (Gewerkschaftshaus) 2 Tr., Zimmer 37, in der Zeit von 9—1 Uhr. Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Kollegen, die vor dem 5. Dezember 1921 arbeitslos waren, erhalten als einmalige Weihnachtsunterstützung 160 M. Unsere inaktiven Kollegen, die ein Schreiben erhalten haben, bekommen unter Vorzeigung dieses ebenfalls 160 M. Dieses Geld ist am Sonnabend, den 17. Dezember, von unserer Kasse, Gormannstr. 18, in Empfang zu nehmen. Kollegen, die nach dem 5. Dezember arbeitslos wurden und bedürftig sind, haben bezüglich Weihnachtsunterstützung einen Antrag an die Ortsverwaltung zu stellen. Sollte die Ortsverwaltung in der Lage sein, mehr Gelder auszugeben, kommen dieselben nach Weihnachten zur Auszahlung. Der Beschluß der Generalversammlung vom 11. Dezember wird strikte durchgeführt.

Der Streik bei der Hefefabrik und Kornbranntweinbrennerei M. u. W. Müller ist mit Erfolg für die Arbeiterchaft beendet. Die Aufnahme der Arbeit erfolgte am Sonnabend mittag. Vereintbart wurde zwischen der Firma und dem Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter, daß sämtliche Arbeitnehmer wieder eingestellt werden und Maßregelungen unterbleiben müssen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Handelsreisende und -arbeitnehmer aus allen Teilen der Aut., Wägen- und Reismarenbranche: Heute abend 8 Uhr bei Witz, Poststr. 3, Gruppenversammlung.

Deutscher Portierverband. Heute 1/2 Uhr im Englischen Hof, Alexanderstr. 17, Funktionärerversammlung. Stellungnahme zur Beschaffung unseres Wohnkomplexes. Mitglededebatte und Funktionärswahl mitbringen.

Gewerkschaftsunterkommission des 13. Verwaltungsbezirks. Donnerstag 5 Uhr im Lokal von Streiter, Mariendorf, Chausseestr. 27, Sitzung der Ausschussmitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mariendorf. Die Betriebsräte sowie die Mitglieder der Kommissionen wählen vertreten sein.

Schiller-, Kapellere- und Portierverband. Allgemeine Kapellereversammlung Donnerstag abend 7 Uhr in den Prachtgärten „Alt-Berlin“, Blumenstraße 10. Bericht der Lohnkommission.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. 4. Abt.: Das Sitzungskollegium befindet sich jetzt Köpenicker Platz 6, Lokal „Fährgepel“. Sitzung jeden 1. und 3. Freitag im Monat. Das Lokal der 10. Abt. ist jetzt Samariterstr. 23 bei Schulse. Sitzung jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat. Das Lokal der 11. Abt. ist jetzt Müllerstr. 126. Sitzung jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Deiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glaser, Berlin. Verlag: Bernhardt-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Circula 1 Berlin.

Gegen rauhe aufgesprungene Haut
CREME MOUSON
vollkommenstes Hauptpflegemittel

für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf unter Garantie
Stoffe Koch & Seeland
G. m. b. H.
Gertraudenstr. 6a 20-21.

Hermann Tietz Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee

Praktische Geschenkartikel

Damen- u. Herrenschrime 79 ⁵⁰ herst. Qualität, mit Futter	Manschettenknöpfe Per. mult 14 ⁵⁰ einstufig	Manschettenknöpfe Per. mult 24 ⁵⁰ doppeltufig	Damen-Lederhandschuhe 79 ⁵⁰ Schweden, leibig
Spazierstöcke 12 ⁵⁰ 18 ⁷⁵ in großer Auswahl			Damen-Schweden 19 ⁷⁵ Nachahmung
Schuhwaren	Schürzen	Weisswaren	Trikotagen
Damen-Halbschuhe zum Schnüren 138 ⁰⁰ 295 ⁰⁰ mod. Form, versch. Lederarten	Bunte Damen-Schürze 16 ⁷⁵ Wiener Form, mit Träger, hübsch gem. art.	Schalkragen 9 ⁷⁵ gestickter Daist, mit Filzspitze	Damen-Hemdchen 8 ⁵⁰ Baumwolle, weiss, ohne Arm
Kinder-Stoffhausschuhe 12 ⁵⁰ Größe 27-33	Bunte Damen-Schürze 29 ⁵⁰ Wiener Form, Gingham u. Indi. o. versch. Ausf.	Schalkragen 13 ⁵⁰ mit Stücheln und Spitze	Damen-Schlupfhosen 36 ⁰⁰ Baumwolle, gewebt, viele Farben
Damen-Kamelhaarstoff-Hausschuhe 23 ⁵⁰	Bunte Damen-Schürze 34 ⁵⁰ Wiener Form, bunte gem. erie Stoffe	Morgenhaube 18 ⁰⁰ gestickter Daist mit Spitze	Herren-Hemden 60 ⁰⁰ wollgemacht, alle Größen
	Teeschürze aus gutem Daist, Slickerei-Ein- und -Ansatz, reich gem. art. 29 ⁵⁰	Celluloid-Fächer 14 ⁰⁰ verschiedene Ausführungen	Herren-Beinkleider 42 ⁰⁰ Baumwolle, angewebtes Futter, alle Größen
	Taschenfeuerzeug Alpena 17 ⁵⁰ gross 19 ⁵⁰ klein		
Phönix-Rasierapparat Messing, verillbert, mit 6 prime Klingen, Stück 30 ⁰⁰	Photographisches Atelier nur Leipziger Strasse werden nach rechtzeitig ausgeführt	Elektrische Kocher mit Zuleitung u. Anstecker 127 ⁵⁰	Elektrische Kocher mit Zuleitung u. Anstecker 165 ⁰⁰
Phönix-Rasierklingen 2 ⁰⁰ einzelnes deutsches Erzeugnis, Stück	Weihnachts-Aufträge	Heiz- und Kochapparat „Universal“ 675 ⁰⁰	
Regia-Rasierklingen 2 ⁵⁰			

Schattenbilder aus dem Herbergsleben.

Zunahme der „wilden Pennen“ — dringende Abhilfe notwendig.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß durch die Gestaltung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse seit Kriegsausbruch unsere gesamte sozialpolitische Arbeit aufs schwerste gefährdet und die Finanzierung sozialer Institute oftmals geradezu unmöglich geworden ist. Natürlich darf der Einwand finanzieller Schwierigkeiten nun nicht immer als Entschuldigungsgrund sozialer Mißstände vorgeschoben werden; oft nämlich ergibt sich bei näherem Zusehen, daß die Schwierigkeiten der Geldentwertung nicht die primäre Ursache der schlechten Verhältnisse sind.

Ohne Zweifel gilt dies heute für das Berliner Herbergsleben, in dem furchtbare Mißstände herrschen, die nicht in erster Linie auf Geldentwertung und Teuerung zurückzuführen sind. Vielmehr liegt der Grund für alle hier herrschenden Mißstände in der einfachen Tatsache, daß die Herbergen immer mehr ihren ursprünglichen Charakter als Verkehrsinstanzen verlieren und zu einem wichtigen Faktor des lokalen Lebens werden, so daß Fremde — wenn nicht bald Änderungen erfolgen — sicher bald ganz von ihnen ferngehalten werden. Das Bedenkliche ist nämlich die immer weiter fortschreitende Ausbreitung eines bestimmten Herbergsentyps, den der Volksmund als „wilde Pennen“ bezeichnet. Das heißt, daß die Herbergen mehr und mehr zu Unterschlupfen allerlei lichtscheuen Gefindel werden. Die Fälle sind bereits nicht mehr einzeln, die polizeiliche Razzien in Herbergen nicht ohne Erfolg geblieben sind.

Kalte, unfreundliche Schlafräume.

Wir hatten zu unserem ersten Besuch eine besonders berückichtigte Herberge im Osten Berlins ausersuchen und waren auf manches dabei gefaßt gewesen. Was wir fanden, übertraf jedoch die schlimmsten Erwartungen. Der Restaurationsraum der Herberge stellte sich dar als ein großer, ungemühter und kahler Raum, erfüllt von dickem Tabaksqualm, unsauber und stinkig von menschlichen Ausdünstungen. Eine große Anzahl Personen war anwesend: meist verschlossene, abenteuerverliche Gestalten, die trinkend und lärmend entweder herumstanden und untereinander feilschten oder an Tischen saßen und Karten spielten. Nur ganz vereinzelt entdeckte man unter den Anwesenden jemanden, der ein Zugerichter sein mochte und als solcher Quartier für die erste Nacht suchte. Man wartete auf den „Alten“, der die Listen für die Einzeichnung zur Nacht bringen und Schlafkarten ausgeben sollte. Die Schlafräume selbst, die insgesamt ungefähr 150 Menschen fassen, machten gleichfalls keinen besseren Eindruck. Ihr Signum: unfreundlich, kalt und kalt. Es gab kleine Zimmer zu je zwei Betten, nicht geheizt, vielleicht gar nicht einmal mehr beheizt, in denen das Bett 4,50 M. pro Nacht kostete, und einen großen Saal für die ganzen übrigen, die nur 2 M. für die Nacht zahlen brauchten, dafür sich aber in Stagenbetten mit einer Decke begnügen mußten. Ein Gutmütiger, der uns wohl für Reklame in dieser Umgebung halten mochte, verriet uns, daß man in diesem Saal seine Sachen des Nachts unter den Kopf legen mußte, um einigermaßen sicher zu sein, daß sich am anderen Morgen keine anderen Liebhaber dafür gefunden hätten. — Der Gesamteindruck dieser Herberge war also der denkbar schlechteste; was besonders bedenklich stimmte, war die Beobachtung, daß ein Element durchaus vorherrschte, das man sich lieber aus einer Herberge hinweggewünscht hätte.

Überall das gleiche Bild.

Wir haben in Berlin wenig Herbergen, dafür aber unermesslich viel Kaffeehäuser, die mit diesem Namen Mißbrauch treiben. In der Nähe der großen Bahnhöfe geben sie sich meist noch wohlklingendere Namen, z. B. „Nachtlogis“ oder auch „Hotel“ (nicht zu verwechseln mit der berühmten Berliner „Pension“), um noch bequemer abnungslos ankommende Fremde anzulocken und mit hohen Preisen zu überbieten. Die eigentlichen „Herbergen“ sind durchweg große Unternehmungen, die zum Teil bis zu 200 Personen aufnehmen können. In allen herrschen augenblicklich fast die gleichen Zustände, in manchen mehr, in einigen weniger stark auf die Spitze getrieben. Der Umgangston ist jedenfalls in allen der gleiche, wesentlich bestimmt also durch das schon oben ausführlich geschilderte Element. Auch die Inanspruchnahme ist durchweg eine überaus rege; häufig soll überhaupt kein Platz zu finden sein. In einer zweiten Herberge, die von uns besucht wurde, war die Ueberfüllung so groß und der Andrang so stark, daß

man im Flur noch Matratzen aufstellte, die als Schlafstellen die Nacht für 1 M. zu haben waren; bei der jetzt schon herrschenden Kälte gewiß kein angenehmer Schlafraum. Mit der Reinlichkeit ist es unter den gegebenen Umständen erklärlicherweise oft nicht sehr weit her; Badezwang besteht unseres Wissens nirgends und selbst die Vorbeugungsmaßnahmen gegen Angestricheltheit sind meist sehr primitiv. Wir hatten an einer Stelle Gelegenheit zu beobachten, wie der „Alte“ — hier ein verheulertes, buchtiges und obendrein kurzschichtiges Männlein — beim Schein einer Petroleumlampe die Hemden seiner Gäste nach Angestricheltheit durchsuchte. Nun, das Bild entbehrt jedenfalls nicht einer gewissen Komik, ob das Verfahren aber zweckmäßig ist, soll hier nicht entschieden werden.

Wie eine Herberge aussehen soll.

Dieser gesamten Kategorie von Auf-Herbergen steht nun in unserem Gewerkschaftshaus eine Herberge gegenüber wie sie sein soll: eingerichtet nach streng hygienischen Grundsätzen, helle, freundliche Zimmer, überall peinliche Sauberkeit und musterzügliche Ordnung. Es gibt Zimmer mit einem Bett, solche mit zwei, vier, sechs und zwölf Betten. Dies sind die größten; Kleinsten gibt es hier nicht. Insgesamt können 174 Personen untergebracht werden. Die Preise, die kürzlich durch eine neue Steuer eine geringe Erhöhung erfahren haben, sind durchaus angemessen, sie stellen sich nach der Bettenzahl der Zimmer. In Zimmern mit 6 Betten kostet das Nachtlag 4,50 M., in denen mit 12 Betten nur 3 M. Vor dem Kriege betrug hier der Preis 45 Pf., es ist also durchaus keine übermäßige Preissteigerung notwendig geworden. Die Behandlung der Gäste ist eine überaus vorzügliche, ihre Verpflegung mit einfachen, aber fröhlichen Speisen bestens organisiert. Eine Tasse Kaffee ist schon für 20 Pf. zu haben. Das Wichtigste ist aber der Umstand, daß diese Herberge ausschließlich Zugerichteten vorbehalten bleibt. Nur in ganz dringlichen Fällen kann unter Umständen einem Berliner Unterkunft gewährt werden.

Was bleibt zu tun?

Es ist höchste Zeit, daß gegen den gegenwärtigen Zustand im Berliner Herbergsleben energisch eingeschritten wird. Gerade jetzt nach Wiedereintritt der scharfen Winterkälte ist doppelte Eile nötig. Die Herbergen müssen auf jeden Fall ihren verkehrstechnischen Charakter behalten und ihn wiederbekommen, wo sie ihn bereits verloren haben. Das gegenwärtig in ihnen dominierende lokale Element muß unbedingt im Interesse der reisenden minderbemittelten Personen aus ihnen entfernt werden. Das ist zunächst alles, was getan werden kann; dann an eine Verbesserung und weitere Ausgestaltung der Herbergen selbst wird vorläufig nicht gedacht werden können. Was zu fordern ist, ist also eine strenge Kontrolle der Herbergen, die dafür sorgt, daß der Typus der „wilden Pennen“ wieder verschwindet.

Berlin in Not!

Reichstagsabgeordnete beim Oberbürgermeister.

Es ist wohl noch in aller Erinnerung, wie im verfloffenen Sommer immer neue, immer dringendere Notkreise über den drohenden Verfall der Berliner Wohlfahrtspflege, der Jugendpflege, des Armenwesens, der öffentlichen Parianlagen an die Öffentlichkeit gelangten. Als Erklärung hieß es dann immer wieder: Es ist kein Geld da. Diese Zustände haben sich nun derart zugespitzt, daß, wenn nicht bald grundsätzliche Abhilfe geschaffen wird, eine Katastrophe unermesslich ist. Um nun die Aufmerksamkeit des deutschen Reichstages als der gesetzgebenden Körperschaft, die allein Abhilfe schaffen kann, auf diese Zustände zu lenken, hatte Oberbürgermeister Böhm am gestrigen Vormittag die Vertreter der Reichstagsfraktionen zu einer Besprechung eingeladen, zu der seitens des Magistrats der Stadt Berlin die beiden Bürgermeister Böhm und Genoffe Ritter sowie der Stadtkämmerer Dr. Karding erschienen waren. Nach einigen einleitenden Worten des Oberbürgermeisters, in denen er dringend eine Änderung der Politik des Reiches hinsichtlich der Städte wünschte, denen durch die Reichseinkommensteuer und Reichsumlagsteuer die finanziellen Grundlagen entzogen worden seien, nahm

Stadtkämmerer Dr. Karding das Wort und führte etwa folgendes aus:

Die Städte haben schon vor dem Kriege um eine Ausgestaltung ihrer Einnahmequellen zur besseren Bedienung der ihnen übertragenen öffentlichen Aufgaben einen erfolglosen Kampf geführt. Zu den damaligen Aufgaben, von denen die wichtigsten die Armenpflege, Polizei, Feuerwehr usw. waren, hat der Krieg neue wichtige Aufgaben gebracht, die ohne die entsprechenden Quellen zur Deckung der entstehenden Ausgaben geblieben sind. Diese Nachkriegslasten, die Erwerbslosenfürsorge, die Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge, die Siedlungs- und Wohnungsfürsorge der Stadt Berlin erforderten einen Aufwand von rund 30 Proz. der Mehraufwendungen für die Löhne und Gehälter der städtischen Beamten und Angestellten aber schon 50 Proz. des garantierten Reichseinkommensteueranteils. Die diesen neuen Ausgaben gegenüberstehende „Mehr“-Einnahme sind garantiert 135 Proz. der Einkommensteuereinnahmen des Jahres 1919. Den Ausgaben stehen also ein Viertel der Einnahmen gegenüber, während der Einnahmeausfall durch geringeren Ertrag von Steuern eine weitere Steigerung des Mißverhältnisses auf ein Fünftel bringt. Zunächst wurde den deutschen Städten die Besteuerung der Mindesteinkommen zugestanden, die von der Reichseinkommensteuer freigeblieben waren. Diese Steuerquelle, die der Stadt Berlin etwa 200 Millionen Mark jährlich gebracht hätte, ist den Städten wieder entzogen und durch das vorge Versprechen ersetzt worden, die Anteile an den Mehrerträgen der Reichseinkommensteuer zuzuteilen. Dabei haben die alten Steuerquellen, die Steigerung der Reallosten und die Erhöhung der Weckrate eine Belastung der Bürgerschaft bis an die Grenze des Erträglichsten gebracht. Sie beträgt z. B. für die Gewerbesteuer das Fünftel bis Achtsache der Friedenssätze. Einschränkung und Sparmaßnahmen haben die trübsten Wirkungen gehabt und werden in kürzester Zeit noch schlimmere Folgen haben. Neben der Einschränkung der Ausgaben für die städtischen Parianlagen, die Lungen der Großstadt, mußten im Sommer die Ferienspiele frühzeitig eingestellt werden zum Schaden der schulpflichtigen und erhaltungsbedürftigen Schulpflichtigen. Jetzt muß die überaus notwendige Schulpflichtigen-Schulpflichtigen in aller nächster Zeit eingestellt werden, weil die hierzu erforderlichen Mittel fehlen. 800 Millionen Mark fehlen zur Herstellung der Erweiterung oder unterbrochener Bauten, ungerechnet der Kosten für die Fertigstellung der Nord-Süd-Bahn, sowie dem Bedarf der städtischen Werke und Straßenbahnen. Es gibt in Berlin städtische Gebäude, von denen die kahlen Mauern in die Luft ragen. Wirkliche Hilfe ist nur dann zu erwarten, wenn die Anteile an der Reichseinkommensteuer erhöht werden, und zwar so, daß sie den Städteverwaltungen wie Berlin einen Mehrertrag von 800 Millionen Mark einbringen.

Oberbürgermeister Böhm betont hierauf noch, daß die dringlichsten Wohlfahrtsaufgaben zurückgestellt werden müssen, weil die hierfür erforderlichen Mittel nicht vorhanden sind und daß dabei noch ständig neue Lasten vom Reich auf die Schultern der Städte abgewälzt werden.

In der anschließenden Aussprache, an der sich u. a. Reichstagsabgeordneter Genoffe Heumann, ferner die Reichstagsabgeordneten Dittmann (MSP.), Spahn (Z.) und Dr. Scholz (D. Sp.) beteiligten, fand der Vorschlag des Abg. Dittmann, die Einberufung einer nichtoffiziellen Kommission des Reichstags zu veranlassen, um einem Vertreter der Stadt Berlin Gelegenheit zu geben, vor dem gesamten Reichstag zu sprechen, allgemeine Zustimmung. Im Schlußwort dankt Oberbürgermeister Böhm den zustimmenden Mitgliedern des Reichstages für ihr bezeugtes Interesse.

Ausländer-Jeu im Hotel Adlon.

Die Spielerschaft des Berliner Polizeipräsidenten hatte sich in letzter Zeit nicht nur mit inländischen, sondern auch mit ausländischen Glücksspielern zu befassen, die selbstverständlich, auch wenn sie unter sich spielen, den in Deutschland zurzeit geltenden strengen Strafbestimmungen gegen das Glücksspiel unterworfen sind. So mußte jetzt gegen ein von Franzosen und Engländern in einem Zimmer des Hotel Adlon arrangiertes Jeu eingeschritten werden, zumal der eine Mitspieler, der Engländer Mann, behauptete, von dem englischen Staatsangehörigen Welling aus London und einem Franzosen Rayle aus Paris im Spiele betrogen worden zu sein. Die beiden letztgenannten Ausländer wurden verhaftet, mußten jedoch auf Antrag der französischen Mission und des H. A. Dr. Julius Meyer I. wieder entlassen werden, da die angelegten Ermittlungen keinen Beweis für das behauptete Glücksspiel erbrachten. — Das Verfahren gegen sämtliche am Spiel beteiligte Ausländer wegen verbotenen Glücksspiels nimmt seinen Fortgang.

Kolonisten aus Weltlichmerz

10] Von Wilhelm Ahlenus.

11. Robinson u. Comp. — Bauarbeiten.

24. September. Der gestrige Tag war ein Sonntag. Der Doktor schlug vor, auf seine Fieber-Brech-Theorie gestützt, eine kleine Aderpartie zu machen. Wir sind alle dabei. Am Hofenplatz angekommen, vermissen wir das Boot. Es war entweder schlecht befestigt und ist abgetrieben, oder es ist gestohlen. Wir Männer werfen uns einen düsteren Blick zu und Frau Luisa ringt die Hände.

Es ist uns allen klar, daß wir in unserer elenden Körperverfassung ohne Beförderungsmittel zu Wasser und zu Lande so gut wie auf einer Insel sitzen. Gehen in schweren Gedanken auf und ab. Nach einer Weile kommt einer der kleinen Flußdampfer auf dem Strom herbei. Er hält sich weit drüben auf der anderen Seite und geht stromab. Es verkehren einigemal in der Woche solche Dampfer und wir sind uns bewußt, daß wir im letzten Falle versuchen müssen, einen solchen Dampfer auf uns aufmerksam zu machen und daß mit dem heutigen Tage die Robinsonade für uns beginnt.

Auf dem Nachhausewege kommt das Fieber über uns Männer, und in elender geistiger und körperlicher Verfassung kriechen wir unter unsere Decken.

Heute ist ein heller, frischer Tag. Wir sind wieder auf den Beinen und beschließen, dem Schicksal die Röhne zu zeigen. Auf dem Programm: Haus mit Wänden versehen. Arbeiten nach bekanntem Muster und legen zuerst Stangen ein, die wir später mit Lehm verkleistern wollen. Es wird mit solchem Feuerreißer geschafft, daß am Abend die Stangen auf irgendeine Art gesetzt sind und das Ganze wie ein ungeführtes Riesenvogelgebur anseht. Frau Luisa macht uns Sorgen. Sie leidet sehr an Füssen und kumpelt zum Pöterhermen. Sie lebt vorwiegend von Mate. Kurversuche des Doktors vergebens.

25. September. Wir beginnen in aller Frühe, Lehm zum Ausmerfen der Wände anzumachen. Doktor bekommt kein Fieber. Ich fange an, mich zu schütteln und lege mich, in eine Decke gewickelt, in den Riesentrog und lasse jenen das Lehmombardement auf die Wände eröffnen. Er klatscht Lehmklöße gegen sie an. Manches bleibt kleben und vieles

geht zwischen den Stangen durch. Als mir ein mächtiger Klumpen gegen den Magen fliegt, verlasse ich den Käfig und tricke in die Palmhütte, um mich in Frieden auszusütteln.

26. September. Wir arbeiten beide am Auswerfen des Hauses, uns mit der Außenseite begnügend, und werden gerade fertig, als gegen Abend ein mächtiges Gewitter losbricht.

Als der Regen vorüber, gehen wir in unseren Neubau, um uns unsere Maurerarbeit von innen anzusehen. Wir treten in große Wasserpflügen und es trofft von oben munter weiter. Doktor sieht bestürzt hinauf und dann auf mich. Tröste ihn damit, daß noch genug Stroh zum Reparieren des Daches übriggeblieben ist.

12. Schichte Unheil an.

27. September. Ich fühle, daß mich der Chucho wieder packt und lasse den Doktor, der auch heute gesund ist, allein das Dach reparieren. Bigle mich statt dessen Frau Luisa als Küchensjunge und Hausknecht an, da sie sich ohnehin kaum fortzuschleppen kann. Ueber dem Geschirrwaschen ergreift mich der Schüttelfrost und Zähne und Porzellan klappern ein Duett. Aber ich bin dickköpfig und will bei der Arbeit bleiben. Erst als ich zwei von Frau Luissas schönen Tassen gegeneinander geschlagen habe, daß die Scherben fliegen, sehe ich ein, daß meine Tätigkeit nicht zur Förderung des Allgemeinwohls beiträgt und sehe mich ans Feuer. Später muß ich mich doch austrecken, komme aber, sowie das schlimmste Fieber vorüber, wieder herausgetrocknet.

Der Doktor erpöcht mich, bittet mich, eine Stange zu nehmen, in den Neubau zu gehen und ihm von innen mit der Stange anzudeuten, wo noch eine unrichtige Stelle im Dache ist. Er kratzt oben flast auf dem Nagel.

Ich tue nach seinem Wunsche und gehe hinein. Sehe auch einen Lichtschimmer von oben durchdringen und stoße die Stange mit einem Aufschrei hinauf, um ihm die Stelle zu bezeichnen. Bin aber nach kurzem vom Fieber und meine Hand ist unsicher. Ich stoße an einer anderen Stelle die Stange statt durch, treffe draußen auf etwas Weiches, höre einen Schmerzensruf, ein Klatschen auf dem Dache, einen Klumpen und einen gellenden Ausschrei Frau Luissas. Die Arnie schlößern mir und ich lasse meine Waffe entseht im Dachstroh stecken, da mir davor graut, ihre Spitze zu sehen. Voll der düstersten Vorstellungen beuge ich mich zu einer Fensteröffnung hinaus und

sehe den Doktor — o Glück — unverletzt in dem vor dem Hause liegenden Strohhafen sitzen und sich den Bauch reiben — Frau Luisa neben ihm, noch nach Atem ringend.

Ich lasse mir das zur Warnung dienen und nehme mir vor, an Fiebertagen weder zerbrechliche noch lebensgefährliche Gegenstände in die Hand zu nehmen.

13. Zwei Köche. — Eine Aufregung.

28. September. Donna Luisa ist so matt, daß wir sie — allerdings mit vieler Mühe — überreden, sich einen ganzen Tag vollständig zu schonen. Ich glaube, daß ihr außer verschiedenen anderen Sachen ihr Kanarienvogel viel Sorge macht. Wir haben versucht, dem Vogel neben einer winzigen kleinen Ration Hanf- und Rübsamen feingestohlenen Mais beizubringen, aber er verächtelt ihn und bekommt statt dessen mehr Zucker, als für ihn gut ist. Frau Luisa meint, daß er richtiges, im Ofen gebackenes Maisbrot verzeihen würde. Das bringt mich auf den Gedanken, einen kleinen prooforsischen Backofen zu bauen; denn außer für den Kanarienvogel wäre richtiges Brot gar nicht so übel für uns Menschen.

Den Gedanken an einen Lehmofen im Termentstil weise ich von mir, da ich fühle, daß meine Fähigkeiten an der Kuppel scheitern werden. Doktor begeistert sich auch für die Idee und hilft mir denken. Das Resultat dieses Nachdenkens ist schließlich doch nur ein Backofen aus einer Petroleumlaterne, die wir mit Lehm verpacken. Bis Sonntag kann er trocken, dann soll er eingeweiht werden.

Doch wir sind heute Köche und müssen ans Werk. Menu: Reis mit Trockenfleisch. Dem Doktor fällt ein, daß wir einen Bortat Streifen-Chorra — rienenstarkes und rienenähnliches Trockenfleisch — besitzen, und wir benutzen es. Beim Schneiden in Stücke fällt uns so recht auf, daß es so wie das Fleisch von Kanarienvögeln erinnert. Dieser Eindruck wird verstärkt, als wir das vollendete Gericht kosten. Und doch liegt auf dem Teller des Doktors etwas von dem Stolz des schaffenden Künstlers, als er seiner Gattin einen Teller voll ins Pelt bringt.

Nach einer kleinen Weile rüft sie ihn wieder mit sanfter Stimme hinein. Als er zurückkommt hält er etwas in der Hand, was seine Frau als nicht zugehörig aus dem Reis entfernt hatte, da es nach des Doktors Wendung ein „Fremdkörper“ ist. Wir untersuchen das Stückchen.

(Fortsetzung folgt.)

Dem Wohl der Jugend!

Eröffnung der Neuföllner Jugendpflegewoche.

Die vom Jugendamt der Stadt Neufölln veranstaltete Jugendpflegewoche wurde gestern in der „Neuen Welt“ mit einer kleinen Feier eröffnet. Nach einleitendem Gesang eines gut geschulten Chors von Knaben und Mädchen und einem von Uffe Haase gesprochenen Prolog begrüßte der stellvertretende Bürgermeister Radtke die Gäste. Er wies hin auf die Schäden, die besonders der Krieg unserem Nachwuchs gebracht hat. Weil viele Eltern, durch Erwerbsarbeit in Anspruch genommen, den Kindern nicht die rechte Erziehung geben können, müsse die Gesamtheit helfen. Man solle die von privater Seite für die Jugend geleistete Arbeit nicht gering einschätzen, aber die Führung bei diesem Werk gebühre der Gemeinde. Stadtrat Schneider, der Dezernent des Jugendamts, sprach über Zweck und Ziele der Jugendpflegewoche. Neue Wege sollen gesucht werden, neue Wege zu dem schönen Ziel, mehr Sonne und Licht in Kinderherzen zu bringen. Die Jugendpflege stößt dabei auf manchen Widerstand, der oft von der Familie und leider oft auch von der Schule ihr bereitet wird. Noch wird viel zu sehr unterschätzt, daß Jugendpflege in ihrer Wirkung eine vorbeugende Jugendfürsorge ist. Die Teilnehmer an den Veranstaltungen der Jugendpflegewoche sollen durch Vorträge über verschiedene Zweige der Jugendpflege belehrt werden, über die Gefährdung der Jugend durch Schundliteratur, über die Bedeutung der Kunst für die Jugend, über den Wert der von der Jugend getriebenen Leibesübungen. Eine Ausstellung von Spielzeug, guten Büchern und Bildern, von Sportgeräten, von selbstgefertigten sehr hübschen Arbeiten aus Neuföllner Kindergärten und Kinderhorten ergänzt die theoretischen Belehrungen. Auch Besuche der Jugendbibliothek und des städtischen Kinos sowie Führungen durch Jugendheime, Kinderhorte usw. werden den Teilnehmern der Jugendpflegewoche geboten.

Die Kohlennot vorläufig behoben.

Nach zuverlässigen Mitteilungen über die Kohlenverhältnisse in den einzelnen Direktionsbezirken der Eisenbahn wird uns über die Lage der Kohlenversorgung der Reichsbahnen aus dem Reichsverkehrsministerium folgendes mitgeteilt: Die Gefahr der Einschränkung des Personenverkehrs ist durch die außerordentlichen Maßnahmen der Reichsbahnverwaltung fast nahezu als beseitigt anzusehen. Die nur im äußersten Notfall zu ergreifenden Maßnahmen der Verwaltung, u. a. des Dienstloshaltens, sind auf den wesentlichen Kohlenstellen, haben den gewünschten Erfolg gehabt und zu einer verbesserten Belieferung der Reichsbahnen geführt.

Für die Sehten!

Drei Jahre nach dem Waffenstillstand liegt noch die Notwendigkeit vor, für die Freilassung von 86 Kriegsgefangenen zu demonstrieren! Die zum 18. Dezember, 10.30 Uhr, von der Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin im Zirkus Busch einberufene Massenversammlung muß eine Vollstundungsbildung werden. Wie bereits gemeldet, werden namhafte Künstler wie Ernst Friedrich und Theodor Loos und Redner wie Böbe und Cariani die denkwürdige Feier ausstellen. Der Reichspräsident und andere Persönlichkeiten werden an der Feier teilnehmen. Der Aufmarsch zu der Kundgebung erfolgt bezirksweise.

Das Storkow-Unglück auf dem Wannsee.

Das Schiffunglück auf dem Wannsee beschäftigte gestern eine Konferenz von etwa 80 Sachverständigen aus den Kreisen des Berliner Schiffsverkehrs. Die Konferenz war einstimmig der Meinung, daß den vielfach von Laien angegriffenen Behörden kein Verstoß an diesem Unfall zur Last gelegt werden könnte. Es wurde vielmehr festgestellt, daß weder im In- noch im Auslande derartig weitgehende und scharfe Kontrollvorschriften für die Personenschiffahrt bestehen wie auf den märkischen Wasserstraßen. Es werde daher, zumal bei den größeren Personenschiffen, die schon an und für sich stabiler und seefester gebaut sind, eine ebenso große Verkehrssicherheit gewährleistet, wie dies auch bei jedem anderen Verkehrsmittel der Fall ist. Die Konferenz setzte schließlich eine Kommission von 11 Sachverständigen ein, der die Aufgabe erhitet, alle Anordnungen, die sich aus dem Unfall ergeben haben, auf das eingehendste zu prüfen. Etwasige Mängel sollen sofort beseitigt und den Behörden entsprechende Vorschläge unterbreitet werden.

Das Ende einer Fabrik für „französischen“ Kognak.

Auf der Suche nach Geheimrezepten ist das Reichswuchermamt auf eine Kognakfabrik gestoßen, die ein Herr Keiban in dem Hause Schützenstr. 53 eingerichtet hatte. Mit Spirit und Essenzen wurde in einem geräumigen Kellerraum der „feinste französische Kognak“ hergestellt und für 300 M. die Flasche verkauft. Abnehmer waren in der hauptsächlich Bars und Dielen, wo dann das Glaschen mit 18 M. ausgeschenkt wurde. Um die hohe Steuer und den Zoll zu sparen, ließ sich Herr Keiban aus Frankreich Essenzen kommen, die in dem Keller verarbeitet wurden. Aus einem Liter Essenz wurden fünf Liter Kognak hergestellt. Um die Abnehmer zu täuschen, wurden auch die Flaschen mit französischen Etiketts beklebt und die Kisten in französischer Sprache signiert. Das Geschäft ging glänzend, denn Herr Keiban kam aus seiner Wohnung am Kurfürstendamm immer nur im Automobil vorgefahren. Ihm zur Seite stand ein Franzose, der die Mischungen vornahm. Als das Reichswuchermamt hinter die Fälschungen kam, beschlagnahmte es sofort alle Vorräte und schloß den Keller. Keiban hat nicht nur an Berliner, sondern auch an viele auswärtige Firmen große Posten seines „französischen Kognaks“ geliefert.

Die Werkstatt der rollenden Räder.

Die Eisenbahndirektion Berlin hatte zu einer Besichtigung der Eisenbahnhauptwerkstatt in Tempelhof eingeladen, in der fast 3000 Arbeiter, darunter 200 Lehrlinge beschäftigt sind. Selbstverständlich ist es, daß unter ihnen Handwerker aller Art zu finden sind. Der Lohnetat beträgt zurzeit etwa 70 Millionen Mark. Rund 5000 Personen, Post- und Gepäckwagen, 14000 Güterwagen und 400 Lokomotiven werden hier in einem Jahre einer gründlichen Reparatur unterzogen. Außerdem werden noch 200 neu gelieferte schwere Lokomotiven auf ihre Betriebsfähigkeit geprüft. Einen besonders großartigen Eindruck machen die großen Lokomotivhallen, in denen die in Reparatur befindlichen Lokomotiven in vier langen Reihen hintereinander in jeder Phase der Reparatur zu sehen sind. Einen imposanten An-

sicht gewährt es, wenn die beiden Laufkräne das ganze Lokomotivgerüst samt Kessel, Führerhaus und Maschine von den Rädern herunterheben und durch die Halle zu dem Platz führen, der für die weitere Ausbesserung vorgesehen ist. Vor kurzem wurde eine elektrische Schweißerei in Betrieb genommen, die nach dem Slavlanoff'schen Verfahren arbeitet, bei dem zwischen dem Eisenstab und dem auszubessernden Maschinenteil ein Lichtbogen gebildet wird, wodurch das vom Stab abgehobene Eisen sich fest mit den zuhelfern Arbeitstücken verbindet. Die Neubeherstellung der besonders schwierig zu gießenden und sehr kostspieligen Zylinder wird hierdurch überflüssig gemacht und außerdem erhebliche Zeit gespart. Im übrigen wird das autogene Schweißverfahren, das wir kürzlich eingehend beschrieben, in ausgedehnter Weise angewendet. In der Wagenwerkstatt werden augenblicklich die elektrischen Triebwagen der Strecke nach Groß-Lichterfelde-Dorf mit elektrischer Heizung versehen. Besonders Interesse erregte auf dem Hofe die unscheinbare Achssente für Hochhäuser. Wenn sich die Achsen eines Güterwagens warm geheizt haben, wird der Wagen zur Achssente gefahren, der heißgeheizte Radsatz nach unten gesenkt und ein anderer Radsatz, der fertig vorbereitet, zur Hand steht, in den Wagen eingebaut, eine Arbeit, die in einer Stunde ausgeführt werden kann und die das Umladen der Güterwagen erspart. In der Behrlingswerkstätte wird der Nachwuchs für den Eisenbahnbetrieb herangebildet. Die uns versichert wird, bemühen sich die in Frage kommenden Stellen, das Taylor-System, soweit es möglich ist, in den Eisenbahnerwerkstätten durchzuführen, um so den Betrieb nach jeder Richtung hin wirtschaftlich zu gestalten.

Der Chemann als Gassenmörder. Ein Ehedrama fand gestern in Pankendorf seinen blutigen Abschluß.

Der Schneider Paering erschloß in der Berliner Str. 9 seine von ihm getrennt lebende Frau, die 24jährige Elise Paering. Die Regel verletzte das Herz, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. O. versuchte nach der Tat zu entfliehen. Um sich seinen Verfolgern zu entziehen, gab er auf diese mehrere Schüsse ab, die jedoch niemand verletzten. Es gelang dann, den Gewalttätigen zu entwaffnen und festzunehmen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

heute, Dienstag, den 13. Dezember:

- 4. Kreis Prenzlauer Tor. 7 Uhr öffentliche Parteiverammlung in der Bräuererei Königshof, Schönhauser Allee 10/11. Thema: „Die Not Deutschlands und Weltwirtschaft“. Referent Dr. Wolf Braun, M. d. R.
- 19. Kreis. 8 Uhr außerordentliche Kreiserversammlung bei Walter (Lilienfelds Platz), Bezirk 14. Wichtige kommunale Angelegenheiten. Kreisratspräsidenten entsandte Delegation, die nicht Mitglieder der Konsumgenossenschaft sind. Alle Abteilungen müssen vertreten sein. Janus-Kollektiv. Gruppe Lichtenberg. 7 1/2 Uhr bei Thormann, Wühlitz, Ecke Köpenicker Straße, Bezirk 10. Thema: „Waffenstillstand“. Referent: Thormann. Schönhauser Verkehr. 7 1/2 Uhr bei Carl, Wilmersdorf. Vortrag über „Mittel-Berlin“. Die Verhandlungen finden jetzt regelmäßig jeden Dienstag statt.

Morgen, Mittwoch, den 14. Dezember, Mitgliederversammlungen:

- 1. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 88. Thema: „Die allgemeine politische Lage“. Referent Ernst Heilmann, M. d. R.
- 2. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ohnemacht, Kommandantenstr. 88. Erscheinen Pflicht.
- 3. Abt. 7 1/2 Uhr bei Wille, Sebahausstr. 20. Thema: „Planwirtschaft oder sozialistische Wirtschaft“. Referent Erich Praetzel.
- 4. Abt. 7 1/2 Uhr bei Schwarm, Blantzenstr. 10. Thema: „Sozialpolitik“. Referent Paul Joch.
- 5. Abt. 7 1/2 Uhr im Bürgerheim, Alte Schönhauser Str. 22/24. Thema: „Heinrich Heine und der Sozialismus“. Referent Dr. Hülserich, „Vorwärts“-Referent und Anhänger unserer Sache sind eingeladen.
- 6. Abt. 7 1/2 Uhr im Artzhaus, Pankow, Ecke Jagowstraße. Thema: „Die politische Lage“. Referent Hülserich.
- 7. Abt. 7 1/2 Uhr im Pankow, Ecke Jagowstraße. Thema: „Die große Koalition“. Referent Aniel.
- 8. Abt. 7 1/2 Uhr in den Arminius-Festhallen, Bremer Str. 73. Thema: „Die politische Lage“. Referent Gustav Weibe.
- 9. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Demminer Str. 27. Thema: „Saluta und Preisenhand“. Referent Grotzsch, „Vorwärts“-Redakteur.
- 10. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Bernauer Str. 89/90. Thema: „Das neue Parteiprogramm“. Referent Dr. Frick Rader.
- 11. Abt. 7 1/2 Uhr bei Richter, Pankowstr. 34. Berichterstatter vom Bezirksrat. Der Saal ist gebietet.
- 12. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Tepler Str. 20. Thema: „Sozialdemokratie und Koalitionspolitik“. Referent R. Jendel.
- 13. Abt. 7 1/2 Uhr bei Siebel, Pankowstr. 82. Referent Gertraud Sonno, M. d. R.
- 14. Abt. 7 1/2 Uhr bei Wille, Pankowstr. 115. Sitzung der Bezirksleiter und Berichterstatter.
- 15. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Pankowstr. 47/48. Referent Walter Meier, „Vorwärts“-Referent.
- 16. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Pankowstr. 48. Thema: „Ursachen der Teuerung“. Referent Dr. Max Bendiner, M. d. R.
- 17. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Vergütungskommission und alles an unserer Wohnkasseninteressierten Genossen bei Winger, Gieselerstr. 10.
- 18. Abt. 7 1/2 Uhr bei Wilmann, Weidenburger Str. 1. Thema: „Sozialdemokratie und Streikvermeidung“. Referent Heinz Praetzel.
- 19. Abt. Die Monatsversammlung fällt aus. Dafür Vertretung an der öffentlichen Versammlung am Dienstag, den 13. Dez., in der Bräuererei Königshof.
- 20. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Altoner Str. 18. Thema: „Wesen und Entstehung der Schwärze“. Referent Schropp-Klausch, M. d. R.
- 21. Abt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Samariterstr. 28. Thema: „Die politische Lage“. Referent Wendelmann, Gieselerstr. 10.
- 22. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Pankowstr. 1/4. Thema: „Kulturaufgaben der Partei“. Referent Richter, Pankowstr. 34.
- 23. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Pankowstr. 155. Thema: „Die Bedeutung der jugendpolitischen Bewegung“. Referent Robert Kötter. 2. Bericht vom Bezirksrat. (Wichtigste Jahreshandlung.)
- 24. Abt. 7 1/2 Uhr in der Aula der Ernst-Reuter-Schule, Belle-Alliance-Str. 80. Thema: „Religion und Sozialismus“. Referent Rudolf Drew.
- 25. Abt. 7 1/2 Uhr in den Minder-Eilen, Wilmersdorf. Thema: „Ist Deutschland in der Lage, seinen Bedarf an Lebensmitteln selbst zu produzieren?“. Referent Wilmersdorf, Pankowstr. 115, M. d. R.
- 26. Abt. 7 1/2 Uhr bei Kober, Pankowstr. 29. Thema: „Wesen des Faschismus“. Referent Friedrich Seiffert.
- 27. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Pankowstr. 147. Thema: „Religion und Sozialismus“. Referent Erwin Wernau.
- 28. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Pankowstr. 147. Referent Kurt Riemann.
- 29. Abt. 7 1/2 Uhr bei Peiser, Gieselerstr. 11. Thema: „Genossenschaftswesen“. Referent Emil Buchholz.
- 30. Abt. 7 1/2 Uhr bei Gieseler, Wilmersdorf. Thema: „Die Aufgaben der Partei bei den bevorstehenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen“. Referent Emil Riemann.
- 31. Abt. Schwerkriegsgruppe. 7 1/2 Uhr bei Reimer, Kommandantenstr. 44. Charlottenburg. 31. Abt. 7 1/2 Uhr Gruppenversammlungen: 1. Gruppe bei Schulz, Königshof-Str. 6; 2. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 3. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 4. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 5. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 6. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 7. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 8. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 9. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 10. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 11. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 12. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 13. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 14. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 15. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 16. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 17. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 18. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 19. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 20. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 21. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 22. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 23. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 24. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 25. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 26. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 27. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 28. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 29. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 30. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 31. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 32. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 33. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 34. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 35. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 36. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 37. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 38. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 39. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 40. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 41. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 42. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 43. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 44. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 45. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 46. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 47. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 48. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 49. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 50. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 51. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 52. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 53. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 54. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 55. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 56. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 57. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 58. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 59. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 60. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 61. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 62. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 63. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 64. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 65. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 66. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 67. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 68. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 69. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 70. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 71. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 72. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 73. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 74. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 75. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 76. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 77. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 78. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 79. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 80. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 81. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 82. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 83. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 84. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 85. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 86. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 87. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 88. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 89. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 90. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 91. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 92. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 93. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 94. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 95. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 96. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 97. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 98. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 99. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115; 100. Gruppe bei Kötter, Pankowstr. 115.

- 32. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Pankow, Pankowstr. 115. Thema: „Staat und Jugend“. Referent Genosse Baur.
- 33. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 34. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 35. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 36. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 37. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 38. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 39. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 40. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 41. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 42. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 43. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 44. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 45. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 46. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 47. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 48. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 49. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 50. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 51. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 52. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 53. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 54. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 55. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 56. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 57. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 58. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 59. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 60. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 61. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 62. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 63. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 64. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 65. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 66. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 67. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 68. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 69. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 70. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 71. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 72. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 73. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 74. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 75. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 76. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 77. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 78. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 79. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 80. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 81. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 82. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 83. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 84. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 85. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 86. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 87. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 88. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 89. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 90. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 91. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 92. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 93. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 94. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 95. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 96. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 97. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 98. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 99. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.
- 100. Abt. Spandau. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung und Sachfragen. Wichtige Tagesordnung.

6. Kreis Kreuzberg. Freitag, den 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, erweiterte Kreiserversammlung bei Reim, Urbanstr. 29.

Aus aller Welt.

850 Jahre Görlitz. Am Sonntag feierte die Sechsstadt Görlitz ihr 850jähriges Bestehen. Am Sonnabend fand im Pantheon der Stadthalle eine mit Rücksicht auf den Ernst der vaterländischen Verhältnisse nur schlichte Gedächtnisfeier statt, wozu neben Vertretern der Behörden auch die Bürgermeister von Bautzen, Lauban, Löbau und Kamenz sich eingefunden hatten.

Die Fabrikbrände. Die Fabrikanlagen der Kakaofabrik Theodor Reichardt & Co. in Wandsbek wurden am Sonntag morgen zum zweitenmal in diesem Jahre von einem großen Feuer heimgesucht. Ueber die Entstehung weiß man noch nichts Näheres, vermutet jedoch, daß seit Sonnabend nachmittag der Betrieb ruhte, Brandstiftung. Für die Feststellung der Täter legte die Direktion 50000 M. Verlobung aus. Der Schaden ist nicht so erheblich, wie es anfangs schien. Die Hamburger und Wandsbeker Feuerwehren haben in einer halben Stunde die Nacht des Feuers gebrochen.

Das Jahngrab von Saarwellingen. Sonntag fand unter Beteiligung einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge die Beisetzung von zehn Opfern der Explosionstatastrophe in Saarwellingen statt. Alle Gemeinden der nahen und ferneren Umgebung und die Behörden waren durch Abordnungen vertreten. Die französischen Soartuppen hatten eine Ehrenkompanie gestellt.

Eine Feuersbrunst hat am Sonnabend einen großen Teil der auf dem Gebiet von Roubatz lebenden Deilwerke vernichtet. Trotz der sehr kalten Ankunft der Feuerwehrt, die wenige Minuten nach dem Feueralarm an Ort und Stelle war, hatte das Feuer sich auf drei Baumstümpfen ausgedehnt, wo das ganze Material und das Bauwerk vernichtet wurde. Der sehr erhebliche Schaden konnte noch nicht abgeschätzt werden.

Gefährliche Filmprovokation. Die erste Vorführung eines Films, betitelt „Das rote Ausland“, führte in einem Bismarcktheater in Vordeau zu Ausschreitungen, die leicht unabwehrbarem Unmut hätten herbeiführen können. Im Saale waren etwa 800 Kommunisten anwesend, die ihrer Unzufriedenheit mit dem Film dadurch Ausdruck gaben, daß sie die Leinwand und den Vorhang in Brand setzten. Das Feuer konnte glücklicherweise noch im Keime erstickt werden. Volizei räumte den Saal, wobei es zu schweren Zusammenstößen kam. Die Volizei nahm etwa 15 Personen in Haft.

Wetterbericht bis Mittwoch mittags. Ein wenig gelinder, zeitweise aufblühend, jedoch überwiegend trübe und neblig. Im Nordwesten verschiedentlich geringe Niederschläge.



Wer eine gute Zigarette liebt,
wird immerhin
eine halbe Mark anlegen müssen. Das ist der angemessene
und wie Sie zugeben werden begründete Ladenpreis
für die gute Massafy-Class 50.

Theater, Lichspiele usw.

Opernhaus Mignon 7 1/2 Uhr
Schauspielhaus Othello 7 1/2 Uhr
Deutsch. Theat. Zum ersten Male 7 U.:

Kammerspiele 8 Uhr: Der Hühnerhof
Gr. Schauspielh. (Karlstraße) 7 Uhr: Götz von Berlichingen

Theater i. d. Königsgrätz. Str. Moskauer Künstler-Th. 7 U.: An des Reiches Pforten

Komödienhaus Die Fahrt ins Blaue 7.30 Uhr
Berliner Theat. Täglich 7.30 Uhr
Prinzessin Olala

Fritzi Massary a. G. Ralph Arthur Roberts. Pepi Zampa, Hb. Kiper

Central-Theater 7 1/2 U.: Defektivmadel
Deutsches Opernhaus 7 U.: Margarete

8 Uhr: American Girl
Klein. Schauspielhaus 7 1/2 U.: Reigen

8 Uhr: Hühnerkampf
Metropol-Theater Neues Operetten-Th.

8 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Operettenhaus Schönebg., Hauptstr. 144

8 Uhr: Elmal kommt die Stunde
Neues Theater am Zoo

7 1/2 Uhr: Jugend
Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Schäm' Dich, Lotte

7 1/2 U.: Heimg'unden Die Ehe im Kreise
Theater des Westens Braut d. Lucullus

7 1/2 U.: Jankel der Schmied
Wahlfeld-Theater Die Tanzgräfin

Jung maß man sein
Residenz-Theat Täglich 7 1/2 Uhr
Das weite Land

Trlesch, Korff, Schroth, Klein, Schönfeld, Harat, Schneider-Nissen, Pospischki
Kleines Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Jaqueline

(Die Liebe wacht)
Carola Teetle, Berens, J. Falkenstein, Berni, Hans Albers, Mamelek
Trianon-Theat. Täglich 7 1/2 Uhr: Kümmere Dich um Amelie!

Eug. Burg, Olga Limburg, Fink, Wasa, Bendow, Kaiser, Chandon
Theater d. Ostens (Rose-Theater) 7 1/2 Uhr: Biederleute

D. Mädchen v. Elizondo
Casino-Theater Lothring-Str. 37 Tägl. 7 1/2 U.: Der neue Schläger!
Der Weg z. Glück

Volksstück in 4 Aufz. Sonntag 3 1/2 Uhr: Martine Abenteuer

Thalia - Theater 7 1/2
Schäm' Dich - Lotte!
Stürmischer Erfolg!
Premierenbesetzung
Ausschneiden!
Nur für die Abonnenten. - Gültig für 1-6 Personen vom 1.-15. Dezember (außer Sonntags)
Letzter Monat!

CIRCUS BUSCH
Tägl. 7 1/2 Uhr. Auch AU Schwimmende Riesenelefanten Wasserbüffel
Lind. Man. - Schaut "Die Schlange der Durga" gewaltige neue Sensationen

Reichshallen-Theater
Altenhändeln 7 1/2 Uhr u. Sonntags nachm. 3 Uhr
Stettiner Sängerknaben

METROPOL
Reisen-Weihnachts-Spielplan
Schrenkstr. 54 7 1/2 Uhr

WINTERGARTEN
Variété-Spielplan
Rauchen gestattet
Philharmonie Beethoven-Abend

B.T.L.
Der Roman eines Dienstmädchens
Turnstr. 12 Alexanderpl.-Pass
Das Meisterfilmwerk Lady Hamilton

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

8 Uhr SCALA
Internationales Variété

Theat. a. Kottb. Tor
Tel. Westh. 10077
Tägl. 7 1/2 Uhr. Sonntags 3 Uhr

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Großschreiende Reklame
Größte Leistungsfähigkeit
Spezialgeschäft für Trauringe!
Wir liefern einen Reklame-Trauring
Dukat.-Gold, 900 gest. für 140 M. das Gramm

Trauringfabrik G. Alb. Thal
C. 19, Seydelstr. 5 (Spittelmarkt)
Ziehung 20. u. 21. Dezember
Preußische Staats-Lotterie
172 Millionen M.

Platin-, Gold-, Silberbruch
Zahngelbisse
Laboratorium f. Zahntechnik
A. Seidenbach, Friedrichstr. 97

Geschenke
Albert Rosenhain
Berlin SW. Leipzigerstr. 71/72
Brillanten, Juwelen
Kapitän-Kautabak

Billige Spielwaren!
Wunderliche Gesellschaftsspiele
Kasperle-Theater

Brillanten, Juwelen
Kapitän-Kautabak
Berlin, Chtenberger Str. 22

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1.50 M. Das fettgedruckte Wort 3.00 M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stielengeseuche und Schlafstellenanzeigen das 1. Wort (fettgedruckt) 1.50 M., jedes weitere Wort 1.00 M. Woric über 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Verkäufe
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Unterricht
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Automaten-Einrichter
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Möbel-Fachler
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus